

Rheingauer Bürgerfreund

Erscheint Dienstags, Donnerstags und Samstags.
an letzterem Case mit dem illustrierten Unterhaltungsblatt.

Anzeiger für Eltville-Oestrich

Abonnementspreis pro Quartal Mk. 1.50
= (ohne Crügerlohn oder Postgebühr.) =
Insertionspreis pro sechsstelliger Pettizelle 20 Pfg.

Kreisblatt für den östlichen Teil des Rheingaukreises.

Grösste Abonnentenzahl
aller Rheingauer Blätter.

Expeditionen: Eltville und Oestrich.

Druck und Verlag von Adam Effenne in Oestrich.
Fernsprecher No. 88.

Grösste Abonnentenzahl in der
Stadt Eltville und Umgebung.

No 8

Samstag, den 18. Januar 1919

70. Jahrgang

Erstes Blatt.

Die heutige Nummer umfasst 2 Blätter
(8 Seiten).

Amstlicher Teil.

Bekanntmachung.

Die Prüfungen über die Befähigung zum Betriebe des Auf-
beschlagwerbes für das Jahr 1919 finden wie folgt statt:

1. am 20. März,
2. „ 19. Juni,
3. „ 11. September,
4. „ 18. Dezember.

Meldungen zur Prüfung sind an den Herrn Regierungs-
und Veterinärat in Wiesbaden, Regierung, Bahnhofstraße 15,
welcher der Vorsitzende der Kommission ist, zu richten. Der
Meldung sind beizufügen:

1. der Geburtschein,
2. etwaige Zeugnisse über die erlangte technische Ausbildung,
3. eine Bescheinigung der Ortspolizeibehörde über den Aufent-
halt während der 3 letzten Monate vor der Meldung,
4. eine Erklärung darüber, ob und bejahenden Falls wann
und wo der sich Meldende schon einmal erfolglos einer
Hufschmiedepflichtprüfung unterzogen hat, und wie lange er
nach diesem Zeitpunkt — was durch Zeugnisse nachzu-
weisen ist — berufsmäßig tätig gewesen ist,
5. die Prüfungsgebühr von 10 Mark nebst 5 Pfg. Postbe-
haltungsgebühr.

Bei der Vorladung zum Prüfungstermin wird den Interessenten
Zeit und Ort der Prüfung mitgeteilt werden.
Die Prüfungsordnung für Hufschmiede ist im Regierungs-
Amtsblatt von 1904 Seite 498/99 und im Frankfurter Amtsblatt
von 1904 Seite 443/44 abgedruckt.

Wiesbaden, den 5. Januar 1919.

Der Regierungs-Präsident.
J. A. Walther.

Infolge der Befehlung des Regierungsbezirks Wiesbaden
haben wir zur Abwicklung der uns für die Fleischversorgung dieses
Gebietes obliegenden Geschäfte in der Stadt Wiesbaden eine
Nebenstelle eingerichtet, mit welcher wir in Verbindung stehen,
und welche von uns kontrolliert wird. Dieselbe führt die Bezeichnung:
Nebenstelle der Bezirksfleischstelle und des Viehhandelsverbandes
für den Regierungsbezirk Wiesbaden in Wiesbaden (Schlachthof).

Wir übertragen dieser Nebenstelle neben der Schlachthofauf-
sicht auch die Durchführung der für die Ein- und Ausfuhr
von Zucht- und Mangel erlassenen Anordnungen innerhalb des
Befehlungsgebietes sowie im Verkehr mit den außerhalb gelegenen
Orten.

Frankfurt a. M., den 8. Januar 1919.

Bezirksfleischstelle für den Reg.-Bez. Wiesbaden.

Der Vorsitzende:
gez. von Bernus.

Bekanntmachung.

Auf Anordnung des Herrn Militärkommandanten bringe ich
den Kaufleuten und insbesondere den Gastwirten in Erinnerung,
dass der Verkaufspreis für jede Ware und jedes Getränk an einer
sehr sichtbaren Stelle in Mark anzuschlagen ist.

Wiesbaden a. Rh., den 12. Januar 1919.

Der Landrat.

Die einmaligen Ergänzungsausschüsse für
Schulwerke an leistungsschwachen Gemeinden gelangen
in Kürze zur Verteilung. Die Magistrats- und Herren Bürger-
meister wollen etwa noch ausstehende Anträge nach Benehmen
mit dem Schulvorstande sogleich einreichen.

Wiesbaden a. Rh., den 10. Januar 1919.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

Beitrag: die Erhebung der Kreishundesteuer.

Die Magistrats- und Herren Bürgermeister, welche mit der
Einreichung der Zugangsnachweisung zur Erhebung der Kreishundesteuer
für das 3. Vierteljahr des laufenden Rechnungsjahres noch
im Rückstande sind, werden hiermit um baldige Einreichung ersucht.
Zahlungseigenschaft ist erforderlich.

Wiesbaden a. Rh., den 13. Januar 1919.

Der Kreisausschuss des Rheingaukreises.

Verzeichnis

der im Jahre 1919 im Rheingaukreise abzuhaltenden Hauskollekten:

No.	Die Kollekte ist bestimmt für	Sammelzeit Monat	Es darf gesammelt werden bei
1	Waisen-Kindergeld- anstalt Marienhäuser	November	d. kath. Einwohner
2	Johannistag Wiesbaden	April	den ev. Einwohnern
3	Retungshausverband	Januar	den ev. Einwohnern
4	Gustav Adolf-Verein	Februar	allen Einwohnern
5	Waisenanstalt Scheuern	März	den ev. Einwohnern
6	Beitel	April	den ev. Einwohnern
7	Ev. Kirch-Gesellschaft Zweig- verein Wiesbaden	April	den ev. Einwohnern
8	Dionysius-Verein	Juli	den ev. Einwohnern
9	Verein Kinderheim E. B. Wiesbaden	September	allen Einwohnern
10	Dionysius Mutterhaus Paulineinstiftung Wiesbaden	September	den ev. Einwohnern
11	Ev. Rettungshaus Wiesbaden	Oktober	den ev. Einwohnern
12	Waisenkollekte	November	allen Einwohnern
13	Waisenanstalt Wiesbaden	November	allen Einwohnern

Wiesbaden a. Rh., den 8. Januar 1919.

Der Landrat.

Beitrag: Gewährung von Zulagen zu den Ver- legtenrenten aus der Unfallversicherung.

Die auf Grund der Bekanntmachung des Bundesrats vom 17.
Januar 1918 für das Jahr 1918 zu gewährenden Zulagen zu
Verlegtenrenten werden auch für die Zeit vom 1. Januar bis 31.
Dezember 1919 bewilligt.

Wiesbaden a. Rh., den 13. Januar 1919.

Der Vorsitzende des Sektionsvorstandes.

Die Nationalversammlung.

Wie wird gewählt?

Die jetzt zu tätige Wahl zur verfassungsgebenden
deutschen Nationalversammlung unterscheidet sich von der
früheren Reichstagswahl einmal durch die Vergrößerung
des Kreises der Wahlberechtigten infolge Ausdehnung
des Wahlrechts auf Frauen, Soldaten und junge Leute
von 20—25 Jahren und sodann durch Anwendung des
Systems der sogenannten Verhältniswahl. Früher
galt Mehrheitswahl, d. h. der Kandidat war ge-
wählt, der die absolute Mehrheit der abgegebenen Stim-
men erhalten hatte. Hatte bei 100 000 abgegebenen
Stimmen ein Bewerber 50 001 Stimmen, so hatte er
gestimmt über seinen Gegner mit 49 999 Stimmen. Le-
tztere blieben unberücksichtigt. Anders bei der Ver-
hältniswahl. Hier soll jede Parteigruppe die dem
Verhältnis ihrer Stimmenzahl ent-
sprechende Anzahl Sitze erhalten. Um dies durch-
zuführen, muß man erstens den Wahlkreis so groß
machen, daß auf ihn eine größere Anzahl von Sitzen
entfällt, die dann nach dem Verhältnis der Stimmen-
zahl auf die konkurrierenden Parteien verteilt wer-
den können. Zweitens darf bei diesem System
von vornherein nicht mehr ein Einzelbewerber, sondern
es muß nach Wahlvorschlägen (Listen) ge-
wählt werden, d. h. die Wähler müssen sich zunächst auf
einen Sammelvorschlag einigen, dem dann der Bewer-
ber entnommen werden soll. Die Parteiengruppen stellen
also ihre Vorschläge auf, die ihre Kandidaten in der
Reihenfolge, wie sie zur Nationalversammlung herange-
zogen werden wollen, enthalten. Nach Prüfung dieser
Vorschläge auf ihre formellen Voraussetzungen hin ver-
öffentlicht der Wahlkommissar diese Vorschläge. Nun-
mehr sind die Wähler an diese Vor-
schläge (Listen) gebunden. Kandidaten die
Stimme zu geben, die nicht auf den veröffentlichten Li-
sten stehen, ist zwecklos. Solche Stimmzetteln wären un-
gültig. Korrekt wäre es, daß der Stimmzettel des ein-
zelnen Wählers die sämtlichen Namen des Wahlvor-
schlages seiner Partei enthält. Nützlich ist das nicht. Der
Wähler kann sich damit begnügen, auf dem Stimmzettel
den ersten Namen seines Wahlvorschlages zu nennen.
Zur Erleichterung hat er den Vorschlag ganz gewählt. Er
kann sogar seine Stimme einem anderen Bewerber geben,
wenn dieser nur auf der Liste seiner Partei steht. Auch
ein solcher Stimmzettel wird als für die betreffende Liste
abgegeben gezählt. Ob schließlich gerade dieser Bewerber
einen Sitz erhält, hängt davon ab, ob seine Partei
so viel Sitze erringt, daß er nach der Stelle, an der er
auf der Vorschlagsliste steht, an die Reihe kommt.

Wenn schon das System der Verhältniswahl es mit
sich bringt, daß kleinere Parteiengruppen einen Abgeord-
neten erringen können, während sie bei Mehrheitswahl
ganz ausfallen, so wäre es andererseits zwecklos und
verfehrt, zu kleine Gruppen zu bilden,
und mit Sonderwahlvorschlägen aufzutreten. Wie der
Name „Verhältniswahl“ besagt, muß eine Gruppe, um
einen Sitz zu erhalten, immerhin so viele Stimmen auf
sich vereinigen, daß sie im Verhältnis der Gesamtstim-
menzahl zu der Zahl der zu vergebenden Sitze bedacht
werden kann. Ganz kleine Gruppen sind also von vorn-
herein von der Beteiligung an den Sitzen ausgeschlos-
sen. Es kann deshalb nicht bringend genug davor ge-
warnt werden, solche kleine Gruppen zu bilden. Wenn
sich hiernach nur Gruppen nach größeren Gesichtspunkten
bilden sollten, so kann es zweckmäßig werden, daß die
Parteilösungen, die im Wahlkreis nur schwächer ver-
treten sind, aber auch größere Parteien, wenn sie in be-
stimmter Richtung zusammengehen wollen, ihre Wahl-
vorschläge verbinden, d. h. sie erklären, dem Wahl-
kommissar, daß ihre Vorschläge mit denen einer an-
deren Parteigruppe verbunden seien. Dann werden die
so verbundenen Vorschläge bei der Wahl zunächst als
ein Wahlvorschlag behandelt, d. h. sie können infolge
der nunmehr erreichbaren höheren Stimmenzahl mehr
Sitze erringen, als wenn sie allein aufgetreten wären,
oder überhaupt es zu einem Sitz bringen, während sie
sonst ganz ausgefallen wären. Nachher werden die Stim-
men der einzelnen Gruppen wieder getrennt, um zu er-
mitteln, wer von ihnen den Sitz oder die Sitze erhält.
Diese Unterteilung wie überhaupt auch die Verteilung
der Abgeordneten auf die abgegebenen Stim-
men geschieht auf folgende Weise:

Die auf die einzelnen Wahlvorschläge gefallenen Stim-
menzahlen werden nacheinander durch 1, 2, 3, 4, 5 u.
geteilt, bis so viele Teilzahlen vorhanden sind, daß
eine der Zahl der Abgeordneten entsprechende An-
zahl von Höchstzahlen ausgesondert werden können. Je-

der Wahlvorschlag erhält damit so viele Sitze, wie auf
ihn Höchstzahlen entfallen.

Ein Beispiel, bei dem der Einfachheit halber mit 5
Abgeordneten gerechnet ist, möge dies erläutern:

Gesamtzahl der Stimmen: 600 000; davon haben
Wahlvorschlag A: 280 000,
Wahlvorschlag B: 210 000,
Wahlvorschlag C: 110 000

erhalten, während 5 Sitze zu verteilen sind.

Es werden also 280 000, 210 000 und 110 000
nacheinander durch 1, 2, 3, 4, 5 u. geteilt, bis 5 Höchst-
zahlen vorhanden sind.

geteilt durch	Wahlvorschlag A	Wahlvorschlag B	Wahlvorschlag C
1	280 000	210 000	110 000
2	140 000	105 000	55 000
3	93 333	70 000	
4			

Die Höchstzahlen sind unterstrichen.
Es enthält also Wahlvorschlag A: 2 Sitze, B: 2 Sitze,
C: 1 Sitz.

Ein Erlaß der Regierung.

Die Reichsregierung erläßt folgende Bekanntma-
chung: Das deutsche Volk steht vor den Wahlen zur Na-
tionalversammlung. Die Nationalversammlung
allein kann uns den Frieden bringen. Nur
sie kann die erzwungene Freiheit in einer neuen Verfas-
sung verankern. Es gilt, den ungehörigen Lauf der Wah-
len zu sichern. Die Pflicht eines jeden Deutschen ist es,
hierbei zu helfen. Die Wahlfreiheit ist jedem
Vollbürgern durch das Gesetz, insbesondere durch den
§ 107 des Reichsgesetzbuches, ausdrücklich verbürgt. Nach
dieser Vorschrift wird mit schwerer Freiheitsstrafe be-
droht, wer einen Deutschen durch Gewalt oder Drohung
in der Ausübung seiner staatsbürgerlichen Rechte beim
Wählen oder Stimmen zu hindern sucht. Die Reichs-
regierung wird jeder Störung bei Wahl-
handlungen mit Entschiedenheit entgegenzutreten.
Wer es unternimmt, die Wahlen zu hindern oder zu
fördern, verliert aber nicht nur gegen das Gesetz und
das Recht, er verliert sich vielmehr auch angesichts
der unschätzbaren Güter, die durch die Nationalversam-
mlung geschützt werden sollen, an der Zukunft des Vater-
landes.

Die Forderungen des Verbands.

Die Verlängerung des Waffenstillstandes.

(b.) Aus Trier wird berichtet: Die Verhand-
lungen zur Verlängerung des Waffenstillstandsabkom-
mens wurden Dienstag vormittag im Salonwagen des
Marshall's noch durch eine Aussprache der Vorkom-
missionen eröffnet. Erzberger
wies darauf hin, daß das deutsche Volk den Frieden
wolle und die Waffenstillstandsbedingungen bis zur
Grenze des Möglichen erfüllt habe. Er stellte zum
Schluß folgende drei Fragen: Wann werden die
Alliierten die Blockade aufheben? Wird die Entente jetzt
findende Verpflichtungen eingehen über die Rückgabe der
in ihren Ländern befindlichen deutschen Kriegsgefangenen?
Wann werden wir in der Lage sein, den Prälimi-
nariatfrieden zu schließen?

Der Beginn der Friedenskonferenz.

* Die erste Sitzung der Friedenskonferenz beginnt, einer amtlichen Meldung der französischen Telegrafagentur zufolge, am 18. Januar, 1/3 Uhr nachmittags, in den Räumen des Ministeriums des Äußern in Paris.

Die Vorgänge in Berlin.

Spartakus-Kleinrieg.

In der Nacht zum Mittwoch versuchten die Berliner Spartakisten die Franziskaferne durch Gasgranaten auszurauchern. In den Abendstunden herrschte völlige Ruhe, bis um 12 Uhr nachts die ersten Schüsse trafen. Die Angreifer schossen aus den Häusern der Urbanstraße in den Kaiserhof hinein, wo die Mannschaften auf die Geschossposten eilten. Plötzlich kamen von den gegenüberliegenden Dächern Gasbomben geschoßen, die auf dem Pflaster des Kaiserhofes explodierten und ausströmten. Es waren sogenannte Tränenbomben, die weniger auf die Lunge, als auf die Augen wirken, und es den Verteidigern unmöglich machten, bei einem etwa nachfolgenden Sturm sich wehren zu können. Die Soldaten eilten in ihre Zimmer, stülpten Gasmasken über und nahmen dann die gegenüberliegenden Dächer unter schweres Feuer. Ueber eine Stunde knatterten die Maschinengewehre, bis die Spartakisten es vorzogen, ihre Positionen aufzugeben.

Es gärt noch.

Die Spartakisten scheinen sich durchaus noch nicht als besiegt zu betrachten. Am Abend kommt es besonders im Zeitungsviertel zu Feuergefechten. Die Verlagsbäuer Mosse, Scherl und Ullstein wurden in den Verteidigungszustand gesetzt. In der Berliner Presse wird aufgefordert, die Dachböden zu bewachen, da die Spartakisten von dort aus Krieg führen wollen.

Absperrung von Moabit.

Eine völlige Absperrung des Stadtteils Moabit durch ein großes Aufgebot von Regierungstruppen verfehlte Berlin in nicht geringer Aufregung. Es entstanden die wildsten Gerüchte. Man fürchtete bevorstehende Straßenkämpfe und glaubte, daß sich die Vorgänge der letzten Woche wiederholen könnten. Es handelte sich aber um eine groß angelegte Aktion der Regierung, durch die das Gebot der Waffenablieferung für jedermann, der nicht zur Ausübung seiner dienstlichen Funktion einer Schutzwaffe bedarf, rücksichtslos durchgeführt werden soll.

Die Opfer.

Bei den Berliner Kämpfen sind auch Marineoffiziere tätig gewesen. U. a. sind Leutnant z. S. G. S. und Leutnant der Reserve der Matrosenartillerie Buren beim Angriff gegen das Ullsteinhaus sehr schwer verwundet worden und gestorben.

Wirrwarr ohne Ende.

Ueber die Streikbewegung der Eisenbahner in Berlin wird verschiedenen Blättern übereinstimmend berichtet, es sei ganz klar, daß es sich um einen politischen Streik handelt, der, von Spartakusleuten angezettelt, dazu dienen sollte, die Unordnung und Unruhe zu vergrößern und Truppenverbindungen zu verhindern. Der Eisenbahndirektionspräsident erklärte einem Berichterstatter gegenüber, um einen Lohnstreik handele es sich nicht, die Streikenden wollten die Regierung zur Abdankung zwingen. Er erklärte, daß der größte Teil der Streikenden den Dienst wieder aufnehmen werde. Er werde hoffentlich auf einen militärischen Schutz rechnen können. — Nach einer späteren Meldung soll der Streik beigelegt sein. Die Eisenbahner erklären, sich den Ereignissen beugen und die Regierung anerkennen zu wollen.

Das Ende.

Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg getötet.

* Berlin, 18. Jan. Die beiden Führer der Spartakusbewegung in Deutschland, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, haben heute nacht ein schreckliches Ende gefunden. Liebknecht, der bei seinen Verwandten in der Mannheimerstraße verhaftet worden war, suchte bei der Ueberführung vom Eden-Hotel in das Gefängnis zu entfliehen. Er wurde auf der Flucht von der Wache erschossen. Rosa Luxemburg wurde von der wütenden Menschenmenge ihren Wächtern entzissen und getötet.

* Die amtliche Bestätigung der Meldung bleibt abzuwarten. Selbstverständlich ließe sich, dann horcht die Welt für einige Tage auf; das Ende zweier solcher Ungeheuer wird die gewiß an Schreckliches gewöhnte Generation dieser Zeit doch von Grund aus erregen. Diese beiden Elenden waren die geistigen Führer der Spartakusbewegung, welche durch Berlin einen Blutstrom gewälzt hat. Mit ihrem Namen bleibt dauernd eine Schmach verbunden, die von allen guten Deutschen brennend empfunden wird: eine Schmach der Bestechung, des Bürgermordes und des Aufruhrs um jeden Preis. Sie werden ihren Richter dort oben, wo die ewige Gerechtigkeit thront, finden. Der Samen, den sie ausgestreut, ist blutig aufgegangen, die Gewalt, die sie gepreßigt, hat sie selbst vernichtet.

Liebknecht auf der Flucht erschossen.

* Berlin, 18. Jan. Gestern abend zwischen 9 und 10 Uhr wurden in der Mannheimerstraße 43, in der Wohnung des Mitgliedes des Wilhelmsdorfer Arbeiterrates Markusohn, Dr. Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg festgenommen. Liebknecht leugnete zuerst, der Gefaschte zu sein. Er gab es aber schließlich zu, als man seine Kleider visitierte und Papiere auf seinen Namen bei ihm fand. Beim Abtransport erhielt er von hinten aus der Menschenmenge einen schweren Schlag auf den Kopf, der eine stark blutende Wunde verursachte. Der Führer des Transportes fragte Liebknecht nun, ob er sich stark genug fühle, um bis an die Charlottenburger Chaussee zu gehen, wo man ein Droschkenauto anhalten wolle, um Liebknecht weiter zu bringen. Liebknecht erklärte, sich bereit dazu. Als der Transport etwa 50 Meter vom Auto entfernt war, begann Liebknecht auf einmal davonzulaufen. Es wurde ihm sofort „Halt!“ und „Stillstehen!“ nachgerufen, aber Liebknecht versuchte, in ein Unterhaus zu entkommen. Daraufhin wurden mehrere Schüsse auf ihn abgegeben. Einer davon traf ihn zwischen den Schultern am Hals. Er fiel um und war sofort tot. Man brachte ihn nach der Unfallstation am Zoologischen Garten, wo er als „unbekannter Mann“ eingeliefert wurde.

Hertling über die Zukunft Deutschlands.

Einem Vertreter des „Matin“ hat Graf von Hertling drei Tage vor seinem Tode eine Unterredung gewährt. Besonders bemerkenswert ist, was, nach den Angaben des französischen Korrespondenten Hertling über Preußen gesagt haben soll. Die angeblichen Äußerungen des früheren Reichskanzlers, deren Richtigkeit sich natürlich nicht kontrollieren läßt, lauten folgendermaßen:

Was sehr bedeutsam ist und eine entscheidende Tragweite besitzt, das ist die Erbitterung einer großen Mehrheit des deutschen Volkes gegen Preußen. Dies wird einen bestimmenden Einfluß auf die zukünftige Gestaltung von Mitteleuropa ausüben. In München, wie auch in Stuttgart und Köln, ist man über Preußen ungehalten, weil es die gemeinsame Sache so schlecht geleitet hat. Wohl bemerkt versteht man dabei unter Preußen nicht ein Land, sondern eine Rasse und ein politisches System. Das gegenwärtige Preußen, das unvergleichlich stärker ist als alle übrigen Bundesstaaten, ist keine völlige Zusammenfassung gleichartiger Elemente, sondern eine Nebeneinanderhäufung unter sich durchaus verschiedener Provinzen. Wenn die jetzigen Strömungen ihren Lauf verfolgen, so wird bald ein bedeutsames historisches Ereignis eintreten: der Name Preußens wird von der Karte Europas verschwinden. Im neuen bundesstaatlichen Deutschland wird es für ein unverhältnismäßig starkes, von schwachen Trabanten umgebenes Preußen keinen Raum mehr geben. Das neue Deutschland wird sechs oder sieben Staaten von ungefähr gleicher Bedeutung umfassen, und an Stelle Preußens werden vier folgende Staaten entstehen: Brandenburg und Pommern, Hannover und Niedersachsen, Westfalen, die alle in bundesstaatlichem Verhältnis mit Bayern, Sachsen und Württemberg, das Baden in sich aufgenommen hat, verbunden sein werden.

Allerlei Nachrichten.

Die Lebensmittelverhältnisse.

Die britischen Militär-Autoritäten haben systematische Erhebungen eingezogen über die Lebensmittelverhältnisse in den von den Engländern besetzten deutschen Gebieten. Auf Grund dieser Basis wird beschlossen werden, ob irgendwelche Schritte notwendig sind. Es ist festgestellt worden, daß Vorräte zur Versorgung der Bevölkerung nach den gegenwärtigen Sätzen innerhalb des von der englischen Armee besetzten Gebietes für drei bis sechs Wochen vorhanden sind. Die Lebensmittelvorräte für dieses Gebiet, die von der Deutschen Zentralbehörde in Berlin verteilt werden, kommen in der Hauptsache aus Ost- und Mitteldeutschland. Augenblicklich kommen diese Sendungen genügend an, um die augenblickliche Versorgung zu sichern, aber es sind keine Vorräte da und wenn Verbindungen mit anderen Teilen Deutschlands durch schlechtes Wetter oder politische Unruhen unterbrochen werden, so wird der Mangel bald gefühlt werden. Die von der besetzten Zone monatlich aus Deutschland benötigten Lebensmittel bestehen aus: 12 1/2 Tonnen Mehl, 2108 Tonnen Kartoffeln, 1217 Tonnen Fleisch, 453 Tonnen Fett, 954 Tonnen Erbsen und Bohnen, 1566 Tonnen Zucker, 1569 Tonnen Marmelade und 3488 Tonnen Milch. Außerdem werden 6 Millionen Eier benötigt, so daß jede Person pro Woche ein Ei erhält. Nach der offiziellen Verpflegungsverteilung erhalten die Deutschen jetzt wöchentlich 7 Unzen Fleisch anstatt ungefähr 2 Pfund vor dem Kriege. Mehl erhalten sie 3/4 Pfund anstatt beinahe 8 Pfund und Kartoffeln 4 1/2 Pfund anstatt 13 Pfund.

Ludendorffs Rechtfertigung.

(b.) Der schwedische Gutbesitzer Uhlsson, auf dessen Gut Hesholm sich Ludendorff einige Zeit als Gast befand, sagte einem Pressevertreter, daß Ludendorff vom Morgen bis Abend an einer Verteidigungsschrift arbeite. Man wolle die „Hauptschuld“ auf Ludendorff abwälzen, vergesse jedoch, daß Ludendorff bei Kriegsausbruch keine entscheidende Stimme gehabt habe, sondern nur Offizier unter vielen anderen im Generalstab gewesen sei. Erst im August 1915 habe er auf die Kriegsführung Einfluß gehabt. Nach dieser Zeit habe man ihm nicht ein einziges Mal nahegelegt, daß die Möglichkeit für einen Verständigungsfrieden vorhanden sei. Ein großer Irrtum sei auch die Behauptung, daß er sich einem Verständigungsfrieden widersetzt habe. Er sei niemals ein Anhänger von Annexionen gewesen, die gegen eine Annäherung von Annexionen hätten sein können. Es wird angenommen, daß diese Gesichtspunkte auch in der Verteidigungsschrift zum Ausdruck kommen werden.

Ein Gespräch mit Hindenburg.

(d.) Generalfeldmarschall von Hindenburg stellte in einem Gespräch mit einem amerikanischen Pressevertreter folgendes fest: Die deutschen Truppen haben sich so schnell, wie es mit guter Ordnung zu vereinbaren war, auf das östliche Rheinufer zurückgezogen. Wir erfüllen die Waffenstillstandsbedingungen, so gut es uns möglich ist. In einigen Fällen ist es wegen ihrer Schärfe nicht möglich, ihnen in vollem Umfang nachzukommen; sie wurden uns in einer Zeit der Not und Verzweiflung ausgenutzt. Die härteste Bedingung ist die Ablieferung der Lokomotiven in sehr kurzer Zeit, deren Erfüllung Deutschland große Schwierigkeiten auferlegt. Ich verblieb an der Spitze der deutschen Armee, weil ich es als meine Pflicht betrachtete, das Vaterland vor dem Chaos zu retten. Nach Beendigung der Demobilisierung ist meine Aufgabe erfüllt. Die Zukunft hängt von den Ereignissen ab. Die Fortsetzung der Flutwelle bringt weitere Entbehrungen für Deutschland, aber ich hoffe, daß der Krieg nun zu Ende ist und daß wir bald wieder Beziehungen mit den Vereinigten Staaten aufnehmen können. Ich bin ein Bewunderer Ihres großen Generals Lee, den ich als Soldat und als Mensch verehere.

Internationaler sozialistischer Kongreß.

(u.) Dr. Anting teilt im „Socialdemokraten“ mit, daß der Internationale sozialistische Kongreß nicht in Lausanne abgehalten wird. Der schweizerische Bundesrat hat auf telegraphische Anfrage erklärt, er habe gegen Ausübung des Passes an die Delegierten gar nichts einzuwenden, mache aber zur Bedingung, daß der Kongreß nicht in Lausanne oder einer anderen Stadt der französischen Schweiz abgehalten werde. Der Kongreß wird mit Wahrscheinlichkeit in Bern oder in einer kleinen Stadt in der Nähe Berns abgehalten.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

— Die Wahl zur verfassunggebenden preussischen Landesversammlung findet gemäß gesetzlicher Anordnung Sonntag, den 26. Januar 1919 statt. Die Wahlhandlung beginnt um 9 Uhr vormittags und wird um 8 Uhr nachmittags geschlossen. Die Wahl erfolgt in der Form der Nachwahlen (Paragrafen 62 und 663 der Wahlordnung), und zwar in denselben Wahlkreisen und unter den gleichen Wahlvorsitzern wie die Wahl zur deutschen Nationalversammlung vom 19. Januar bis 38. Nach der Verordnung vom 21. Dezember 1918 sind nicht nur preussische Staatsangehörige, sondern alle deutschen Männer und Frauen wahlberechtigt. Das Wahlrecht ist nicht von irgendeiner Dauer des Wohnsitzes in Preußen abhängig. Zur Teilnahme an der Wahl sind nur diejenigen berechtigt, die in die Wählerliste aufgenommen sind. Die Wahlvorsitzer sind berechtigt, von den zur Wahl erscheinenden Personen bei Zweifeln über ihre Identität eine Legitimation — Steuerzettel, Paßkarte etc. — zu verlangen. Die Wähler werden deshalb gebeten, die ihnen zur Wahl für die deutsche Nationalversammlung zugewiesenen Wahlkreisnummern auch als Ausweis bei der Wahl zur preussischen Landesversammlung zu benutzen.

— Der frühere Wohnungsminister, Unterstaatssekretär Hr. Coels v. d. Brüggen, hat den Abschied aus dem Staatsdienst genommen und ist Verwalter der Güter des Fürsten von Wiedenburg geworden.

— Das Ergebnis der Wahlen zur Nationalversammlung dürfte infolge der Schwierigkeit der Stimmzählung unter dem Verhältniswahlrecht frühestens am 25. Januar bekanntgegeben werden können.

— Der Kaufmann Dr. Loepfer ist vom Staatssekretär Graf Brockdorff-Rantzau zum Unterstaatssekretär im auswärtigen Amt ernannt worden. Seine Hauptaufgabe wird die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen Deutschlands sein. Dr. Loepfer hat in Kopenhagen mit dem Staatssekretär des Äußern zusammengearbeitet.

— Das Ergebnis der bayerischen Landtagswahl liegt jetzt endlich nahezu vollständig vor. An Mandaten erhalten: Bayerische Volkspartei 58, Mehrheitssozialisten 51, Deutsche demokratische Partei 22, Bauernbund 17, Nationalliberale und Mittelpartei 5, Unabhängige Sozialisten 3. Dazu kommen 24 am 26. Januar oder am 2. Februar zu wählende psyllische Abgeordnete.

— Die badische Nationalversammlung als erste im Deutschen Reich wurde Mittwoch vormittag eröffnet. Das Landtagsgebäude war von der studentischen Sicherheits- und der Volkswacht abgesperrt. Unter den 107 Abgeordneten sind 9 Frauen. Der sozialdemokratische Ministerpräsident Geis begrüßte die Versammlung und gab die Mandate der Minister in die Hände der Nationalversammlung zurück. Der Minister trat für die Reichseinheit ein und erklärte, Baden wolle vor allem ein großer deutscher Volksstaat bleiben. Die vier Fraktionen nahmen einen Antrag an, in dem sie die vorläufige Regierung mit der Weiterführung der Geschäfte betrauten. Das Plenum vertagte sich bis nach den deutschen Nationalwahlen.

Schweden.

(*) Der schwedische Reichstag setzte eine Kommission ein zur Untersuchung der Frage des vermehrten Volkseinflusses auf die innere und die äußere Politik. Ebenso soll die Frage des Rechtes des Königs zur Kriegserklärung gewissenhaft geprüft werden.

Lokale u. Vermischte Nachrichten.

Betrifft: Umsatsteuer.

* Radesheim a. Rh., 19. Jan. Wir machen auch an dieser Stelle die Steuerpflichtigen darauf aufmerksam, daß bei der ab 1. August v. J. in Kraft getretenen neuen Umsatsteuer nicht wie bei der alten Warenumsatsteuer gleichzeitig mit der Anmeldung die Steuer zu entrichten ist. Nach dem neuen Besetze vom 26. Juli 1918 wird vielmehr die Umsatsteuer in jedem einzelnen Falle veranlagt und mit Steuerbescheid von den Steuerpflichtigen angefordert. Gleichzeitig weisen wir darauf hin, daß zur Erklärung über die neue am 1. August in Kraft getretene Umsatsteuer nur die neuen Vordrucke (Umsatsteuererklärung II. für die allgemeine Umsatsteuer und Umsatsteuererklärung I. für die Zugsteuer) verwendet werden dürfen. Die Vordrucke sind bei den Bürgermeistern erhältlich.

Trasportverkehr Radesheim-Vingen.

* Radesheim, 16. Jan. Der Herr Stadtkommandant hat verfügt, daß mit dem heutigen Tage der Verkehr mit Rachen zwischen Radesheim und Vingen wieder aufgenommen wird. Abfahrt von morgens 7 bis 8 Uhr abends. Abfahrtsstellen: Radesheimer Bahnhof und Vinger Hafen. Ueberfahrtspreis: 25 Pfg. pro Person. Die Ueberfahrt ist nur den mit Ausweisen versehenen Personen gestattet.

Reiseausweise.

* Radesheim, 16. Jan. Das Bürgermeistamt gibt folgendes bekannt: Die bisher von der hiesigen Kommandantur ausgestellten Reiseausweise sowohl innerhalb wie auch außerhalb des Kreises werden jedesmal von dem Herrn Kommandanten bis zu einem bestimmten Tage ausgestellt. Der Reiseausweis ist nach Ablauf der Gültigkeitsdauer sofort auf der hiesigen Kommandantur abzugeben. Wer dieser Verpflichtung nicht nachkommt, hat hohe Strafen zu erwarten. Wegen der vorgenannten Verhältnisse sind bereits vom Stadtkommandanten Strafen bis zu 20 Mark festgesetzt worden.

Feurer Sühne!

* Ein Gastwirt in Höhr verkaufte einem amerikanischen Soldaten einen Cognac und übertret damit das Verkaufsverbot des amerikanischen Kommandanten betr. Alkoholabgabe. Für diese Uebertretung muß der Wirt eine an die Vereinigten Staaten zu entrichtende Geldstrafe von 1000 Mark bezahlen. Außerdem muß er in Nordfrankreich drei Monate hindurch Zwangsarbeit verrichten.

Ein großer Schleichhandel mit Gold.

Es war bekannt geworden, daß zwei Männer, die in einem Hotel am Schiffschen Bahnhof wohnten, 260 000 Mark in Goldstücken, die aus Breslau stammen sollten, zum Kauf an-

geboten hatten. Für ein Zwanzigmarkstück verlangten sie 35 Mark in Scheinen. Als die Kaufleute zur Abschließung des Geschäfts in dem Hotel erschienen, griff die Polizei ein und beschlagnahmte 65.000 Mark in Goldstücken, die die Verkäufer bei sich trugen.

Ekelregende Enthüllungen

Hat im Dresdener Untersuchungsgefängnis der Doppel-mörder Alf. Schüller aus Leipzig gemacht, der im Dezember in Eisenburg einen Militärposten meuchlings erschossen und wenige Tage darauf in Dresden eine Straßenbahn-schaffnerswitwe beraubt und ermordet hat. Der geständige Mörder entpuppte sich jetzt als „Kaschierer“ und erzählt über seine „Tätigkeit“ folgendes: In den Monaten November und Dezember habe er sich durch Erbrechen der Türen Eingang in die Abdeckerie in Eisenburg verschafft. Dort wurden viele Kadaver von Pferden, Schafen, Hiegen, Hunden, Rindvieh eingebracht und in nächtlicher Stille habe er aus diesen Kadavern, die meistens schon in Fäulnis übergegangen seien, die „besten“ Stücke herausgeschnitten, sie auf einen Wagen geladen oder in Stücke gepackt und nach Leipzig transportiert. In Leipzig habe er einen schwunghaften Handel mit „markenreinem“ Fleisch getrieben, das aus den Kadavern der Eisenburger Abdeckerie stammte. Er habe das Fleisch der verwendeten Tiere auf feinste „zubereitet“ und an Gastwirten und zahlreichen wohlhabenden Privatleuten willige Abnehmer gefunden. Man habe ihm für das Kaschfleisch hohe Preise geboten und für das Pfund „Rindfleisch“ 15 Mk. bezahlt. Die „besten Stücke“ aus den verwendeten Tieren seien in die Küchen reicher Bürgerfamilien gewandert, „minderwertige“ Fleischteile habe er auch zu „Würst“ verarbeitet. Fleisch von krepierten Hunden habe er auch als extrafeines Kalbfleisch zu hohen Preisen verkauft.

— Für Jagdsfreunde. Aus der Vorderpfalz kommt die Nachricht, daß die französische Besatzungsbehörde die Abhaltung von Jagden unter gewissen Bedingungen genehmigt hat. Vorgeschrieben wird unter anderem die rechtzeitige Anmeldung des Termins und der Teilnehmer. Die Jagdgewehre müssen am Tage der Jagd von dem Bürgermeisteramt abgeholt und am Abend wieder hingebracht werden.

— Zur Sicherung der ärztlichen Versorgung bei den Krankenkassen. Der Rat der Volksbeauftragten hat am 23. Dezember 1918 eine Verordnung erlassen („Reichs-Anzeiger“ vom 27. 12. 1918), wonach in Fällen, in denen bis zum 31. Dezember 1918 die zwischen Krankenkassen und Ärzten über die Behandlung der Krankenkassenmitglieder abgeschlossenen Verträge ablaufen und keine neue Vereinbarung zustande kommt, der § 370 der Reichsversicherungsordnung gilt. Als Angebot angemessener Bedingungen sei es anzusehen, wenn eine Kasse ihren Ärzten die Fortsetzung des Vertrages bis zum 31. Dezember 1919 vorbehaltlich eines Schiedsspruches über eine Erhöhung der ärztlichen Bezüge vorgeschlagen hat. Für den Schiedsspruch sollen Schiedsämter zuständig sein, die auf Grund des Einigungsabkommens zwischen Krankenkassen und Ärzten vom 23. 12. 13. (des Berliner Abkommens) errichtet worden sind. Die Versicherungsämter sollen die Obliegenheiten der erstinstanzlichen Instanz, die Oberversicherungsämter die Entscheidung über Beschwerden der Kassenvorstände übernehmen.

Verantwortlich: Adam Etienne, Dessau.

Weinzeitung.

× Aus Rheinhessen, 16. Jan. Bei verschiedenen Weinverkäufen wurden in der letzten Zeit für das Jahr 1918 in Guntersblum 3000 Mk., Rierstein 3500 und 4000 Mk., Rietesheim 3000 Mk., Alzey 2300 Mk., Wallert-heim 2000 Mk. bezahlt. Es handelte sich um zusammen 33 Stck. In Deilich, Deilich, Deilich, Deilich wurden 22 Stck zu unbekannten Preisen abgesetzt.

□ Bazarach, 17. Jan. Im Gebiete des Mittel Rheines war das freihändige Weingeschäft auch in letzter Zeit nicht belebt. Bei verschiedenen Umsätzen stellte sich das Jahr 1918 auf 1800—2000 Mk., während für das Jahr 1917 jezt 5000—6000 Mk. verlangt wurden.

Herr Gemeindeverordneter Josef Pleines und die Winter-Notstandsgelder.

Zum vorgestrigen Artikel des Herrn Pleines diene Folgendes zur Aufklärung:

Herr Pleines beantragte vor einigen Wochen bei der Gemeindevertretung die Uebernahme einer Bürgschaft seitens der Gemeinde für ein von ihm aus dem Winter-notstandsfonds verlangtes Darlehen von 5—10.000 Mk. Aus der Vermögensaufstellung, die Herr Pl. zu diesem Zwecke vorlegen mußte, ging jedoch hervor, daß Herr Pl. auf seine Befähigung mit Leichtigkeit eine entsprechend hohe Hypothek aufzunehmen in der Lage wäre. Ein Notstand im Sinne des Gesetzes lag demnach nicht vor und aus diesem Grunde stimmten wir gegen den Antrag des Herrn Pleines. — Wer wirklich in Not ist, dem wird niemand die Hilfe verweigern, zumal wenn er Kriegs-teilnehmer ist, einerlei, ob er sich zu Not oder zu Schwarz bekennet.

Die von Herrn Pleines bekundeten Ansprüche an öffentliche Gelder müßten, auch nach sonstigen Beispielen seiner Partei in Staat und Gemeinde zu urteilen, sozialistisch sein; demokratisch sind sie nicht.

Wer also wünscht, daß mit den öffentlichen Mitteln gewissenhaft und sorgsam gewirtschaftet wird, der wähle nicht die Liste Scheidemann, sondern

die Liste Tuppe.
Die deutsch-demokratischen
Gemeindegewählten u. -Verordneten
zu Winkel.

Ein Transport



Ferkel und Läuferschweine

eingetroffen.

Wilhelm Sudhoff, Schweinehandlg.,
Winkel, Johannisbergerstraße 49.

Der heutigen Nummer unseres Blattes liegen drei Flugblätter der Deutschen demokratischen Partei bei, worauf wir aufmerksam machen.

Zu den Wahlen.

Freunde, Mitbürger, Männer und Frauen!

Warum ein Kampf mit so viel Haß und persönlicher Feindschaft? Gibt es etwas, das sozialer ist als das Christentum? Sozial im tiefsten und im schönsten Sinne, denn das Recht zum Wohle Aller, die Liebe für Alle, die Fürsorge für Alle, das lehrt es, — nicht Klassenherr-schaft und Klassenfeindschaft.

Hat der sozialdemokratische Gedanke in jahrelanger Tätigkeit und seit seiner Herrschaft glückliche Menschen erzeugt? — Unzufriedenheit ringsum!

Mistrauen, Neid und Haß sind seine Bausteine. Baut ein neues Deutschland, — baut es auf neuer Grundlage: Christliche Liebe, friedliches Nebeneinander, Achtung vor dem Nächsten, das seien die Bausteine. Der gute Wille zu gegenseitigem Verstehen wird gute Arbeit leisten. Das Fundament sei:

Gottesliebe und Menschenliebe.

Findet Euch zusammen in diesem höheren, beglückenden Sozialismus, in religiös gefestigter Partei, wo Reich neben Arm steht, Gelehrte neben Ungelehrten, Adel und Bürgerschaft, Bauer und Arbeiter.

Die christliche Liebe umfasse Alle zu gemeinsamer fruchtbringender Arbeit in Ordnung, Sicherheit und Frieden, zum Wohle Aller.

Das erstrebt das Zentrum!

Wählet!

An die Wähler zur National-Versammlung! Wählerinnen und Wähler!

Nur noch kurze Zeit trennt uns von dem geschichtlichen Tag, an dem das gesamte mündige deutsche Volk, Männer und Frauen vom 20. Lebensjahre ab zum erstenmale an den Wahltag tritt, um sich eine Regierung zu wählen. Die vorläufige sozialistische Regierung hat dieses freieste, dieses gerechteste, dieses demokratischste Wahlrecht der ganzen Welt in der kurzen Zeit ihres Bestehens geschaffen. Das Wahlrecht für Männer und Frauen, das unbedingt gleiche Wahlrecht für Arme und Reiche, für das ganz allein die sozialdemokratische Partei seit 50 Jahren gekämpft und gestritten hat. Das müssen vor allem die Wählerinnen und Wähler bedenken, die am Sonntag an die Wahlurne treten. Der Wahltag ist ein Sonntag, an dem jeder Zeit hat und wählen kann, ohne einen Verdienstausfall zu haben. Das ist ebenfalls ein Verdienst der sozialistischen Regierung, denn nie wollte die gestülzte kapitalistische Regierung den Sonntag zur Wahl freigeben. Alle Wähler können auch frühzeitig wählen, das ermöglicht einen glatten Verlauf des Wahlgeschäftes. Kommt also frühzeitig!

Wen sollen wir wählen?

Die sozialdemokratische Partei!

Warum? Weil einzig und allein die sozialdemokratische Partei stets energisch und unermüdet für die Interessen des werktätigen Volkes eingetreten ist.

Wähler und Wählerinnen! Laßt Euch nicht irre machen von den Wahlschreibern der bürgerlichen Parteien, sie sind sämtlich verlegene Produkte des Wahlkampfes und sollen nur die Sünden der bürgerlichen Parteien verdecken, die diese in so ungeheurer Weise während des ganzen Krieges auf sich gehäuft haben.

Wählerinnen und Wähler bedenkt, wer ist während des ganzen Krieges allein und energisch für den Frieden einge-

treten? Wer hat jede Annexion, jede Kriegsschädigung abgelehnt, weil sie den inneren Krieg unendlich verlängern mußte? Die Sozialdemokratie! Wer wird heute von den Kriegsgeheimen, von den Kriegsgewinnern und Kriegswucherern, die massenhaft in den bürgerlichen Parteien, von der demokratischen bis zur konservativen Partei stecken, am meisten verleumdet? Die Sozialdemokratie!

Die Sozialdemokratie will jedem Einzelnen sein Eigentum abnehmen, so sagen die bürgerlichen Parteien. Das ist eine Lüge, eine bewusste Verleumdung.

Die Sozialdemokratie will nur die Uebernahme kapitalistischer Großunternehmungen in gemeinwirtschaftlichen Betrieb und zwar nur solcher Industriegruppen, die infolge fortschreitender Betriebskonzentration, Verschmelzung und Kartellierung zu großen Privatmonopolen geworden sind.

Demnach keine Verstaatlichung von Kleinbetrieben und Mittelbetrieben! Keine Wegnahme blauerlicher Ländereien. Die Kaufleute und Ladeninhaber, die Handwerker, die industriellen Klein- und Mittelbetriebe, die hauptsächlich für fremde Absatzmärkte arbeitenden Industrien, die Bauern usw. haben von der deutschen Sozialdemokratie nichts zu befürchten. Ihre Betriebe sollen weder verstaatlicht noch gesteuert werden. Kein ernsthafter Sozialdemokrat hat jemals daran gedacht, dem Handwerker sein Handwerkzeug, der Näherin die Nähmaschine oder dem Bauern sein Feld wegzunehmen.

Die Sozialdemokratie will die Religion zerstören! So sagen verlegene Gegner. Die Führer der gegnerischen Parteien wissen ganz genau, daß das sozialdemokratische Parteiprogramm fordert, daß die Religion zur Privatsache erklärt werden soll, derart, daß die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften Vereinigungen sein sollen, die ihre Angelegenheiten vollkommen selbständig ordnen sollen.

Der Staat soll jedes wegen seiner Religionszugehörigkeit in Frieden lassen; er soll keine Religion bevorzugen, aber die Staatsgewalt soll auch keine Religion verbieten und drangsalieren dürfen.

Die Sozialdemokratie will, daß das gesamte Volk an der Gesetzgebung und Verwaltung teilnimmt und nicht, daß Gesetzgebung und Verwaltung wie seither von einer einzelnen kleinen, aber herrschenden und herrschsüchtigen Gesellschaftsschicht ausgeübt werde.

Wählerinnen und Wähler! So sehen die Forderungen der Sozialdemokratie aus und nicht so, wie sie von böswilligen, gewissenlosen und schuldbeladenen Gegnern verzerrt werden.

Darum tretet ein für die Liste der Sozialdemokratie, für die Scheidemannliste mit den Namen:

1. Philipp Scheidemann, Volksbeauftragter, Berlin-Steglitz.
2. Dr. Max Kuars, Schriftsteller, Frankfurt a. M.
3. Georg Thöne, Parteisekretär, Kassel.
4. Gustav Hoch, Schriftsteller, Hanau a. M.
5. Friedrich Brühne, Schmiedemeister, Sachsenhausen.
6. Johanna Tesch, Frankfurt a. M.
7. Dr. Hugo Singelmeier, Rechtsanwalt, Frankfurt a. M.
8. Max Groger, Bismarck, Frankfurt a. M.-Wiesbaden.
9. Albert Grzeczinski, Metallarbeiter, Kassel.
10. Theo Tigges, Ingenieur, Schlachten.
11. Fritz Ehrler, Gewerkschaftssekretär, Eschwege.
12. Philipp Stein, Weißbinder, Hochstadt.
13. Andreas Weber, Schmied, Griesheim a. M.
14. Bräutigam, Landwirt, Landau-Walldorf.
15. Paul Vist, Geschäftsführer, Hersfeld.

Sozialdemokratische Partei

für den Wahlkreis Wiesbaden-Biebrich-Rheingau-Untertaunus.

Oeffentliche Bekanntmachung.

In das hiesige Handelsregister Nr. A Nr. 123 ist die Firma Simon u. Müller, Eltville, als offene Handelsgesellschaft eingetragen worden. Persönlich haftende Gesellschafter sind der Kaufmann Oskar Simon und der Techniker Karl Müller, beide zu Eltville. Die Gesellschaft hat am 1. Januar 1919 begonnen. Zur Vertretung der Gesellschaft ist nur der Kaufmann Oskar Simon ermächtigt. Geschäftszweig: Maschinenfabrik landwirtschaftlicher Geräte und Reparaturwerkstätte.

Eltville, den 7. Januar 1919.

Das Amtsgericht.

Oeffentliche Bekanntmachung.

Im Handelsregister A ist bei Nr. 96 Firma Heine, Feins & Sohn, Eltville, eingetragen worden: Die Prokura der Fräulein Maria Feins ist erloschen. Der Gesellschafter Heinrich Feins sen. ist gestorben. Die offene Handelsgesellschaft ist aufgelöst. Eine Liquidation findet nicht statt. Die Firma ist erloschen.

Eltville, den 10. Januar 1919.

Das Amtsgericht.

Oeffentliche Bekanntmachung.

Laut Eintrag in unserm Handelsregister A ist das unter der Firma Eltviller Malzfabrik, W. Reis, Eltville, betriebene Handelsgeschäft auf die Witwe des Wilhelm Reis, Elisabeth, geb. Höltgen zu Eltville, als Leihzüchterin an dem Nachlasse ihres Gemanns übergegangen. Die Prokura der Ehefrau Reis ist erloschen.

Eltville, den 10. Januar 1919.

Das Amtsgericht.

Für das Bürgermeisteramt wird eine männliche Kraft,

welche sachmännlich zu arbeiten versteht, gesucht.

Gehalt nach Uebereinkunft.

Selbstgeschriebene Bewerbungen mit Zeugnissen und Lebenslauf bis zum 24. Januar an den Unterzeichneten. Diejenigen, welche nachweislich im Verwaltungswesen tätig sind, haben den Vorzug.

Wiedrich, den 14. Januar 1919.

Der Bürgermeister: Brückmann.

Achtung für Weinbergbesitzer.

Abgelagerter Schieferabfall, circa 100 Fuhren, können sofort gegen kleine Vergütung (nicht in bar) abgeholt werden bei

Johann Rau, Dachdeckermeister, Schierstein am Rhein.

Telefon 265.

Geschäftsempfehlung!

Der werten Einwohnerschaft von Erbach mache ich die ergebene Mitteilung, daß ich das von meinem Vater betriebene

Maler- und Tünchergeschäft

übernommen habe, und bitte ich das meinem verstorbenen Vater in so reichem Maße geschenkte Vertrauen auch mir zuwenden zu wollen.

Hochachtungsvoll

Christian Schmidt, Maler und Tüncher.

Geschäfts-Empfehlung.

Der geehrten Einwohnerschaft von Eltville und Umgebung die ergebene Mitteilung, daß ich mich hier selbst als

Polsterer, Tapezierer und Dekorateur

selbstständig gemacht habe.

Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, alle mir übertragenen Arbeiten auf das gewissenhafteste und prompteste zur besten Zufriedenheit meiner werten Kundschaft auszuführen.

Um geneigten Zuspruch bittend zeichnet mit vorzüglicher

Hochachtung

Heinrich Hulbert, Eltville, Burgplatz 7.

Schüler, deren Fortschritte gefährdet sind,

sollten jetzt sofort bei uns angemeldet werden. Wir besitzen in kleinen Klassen durch einen Unterricht, der die Eigenart jedes Schülers besonders berücksichtigt, die vorhandenen Lücken und ergötzen dadurch unsere bekannten hervorragenden Erfolge in allen Prüfungen. In Rohl herrscht köstliche Ruhe wie mitten im Frieden. — Vorzügliche Verpflegung. — Reform-Institut, Rohl (Baden), Fernruf 15.



Oefen

für jedes Brennmaterial sowie Kessel, Kesselöfen u. Kochherde

empfehlen

C. Felsner, Eisenhandlung, Eltville a. Rh.

Deutsche Demokraten!

Unsere Kandidaten sind:

1. Hermann Luppe, Dr., Bürgermeister, Frankfurt a. M.,
2. Erich Koch, Oberbürgermeister, Cassel,
3. Walther Schüding, Professor, Marburg a. L.
4. Anna Schulz, Dr., Frankfurt a. M.,
5. Cornelius Frieschmann, Landwirt, Oberellenbach,
6. Wilhelm Breidenstein, Rektor, Wiesbaden,
7. Josef Balzer, Arbeitersekretär, Frankfurt a. M.,
8. Fritz Kreuter, Fabrikant, Hanau.
9. Christoph Müller, Maurermeister, Cassel,
10. Charlotte Kappes, Oberlehrerin, Marburg a. L.
11. Karl Beschke, Postsekretär, Frankfurt a. M.
12. Karl Stein, Pfarrer, Cassel,
13. Friedrich Ziegenmeyer, Kaufmann, Idstein,
14. Arnold Schuster, Landwirt, Cubach bei Weillburg,
15. Paul Winthaus, San.-Rat, prakt. Arzt, Bad Wildungen.

Achtet, daß Ihr die richtigen Stimmzettel erhaltet, die Ihr unverändert verwenden müßt. Zeitungsausschnitte sind nicht gültig.

Deutsche demokratische Partei.

Danksagung.

Für die uns aus Anlaß unseres Silbernen Hochzeitsfestes von allen Seiten zugekommenen Glückwünsche und sonstigen Ehrungen und Aufmerksamkeiten sagen wir hiermit auf diesem Wege allen Freunden und Bekannten unsern herzlichsten Dank.

Wiedrich, 16. Januar 1919.

Johann Diefenbach u. Frau.

An alle christlichen Eltern!

Schreibt sofort an eueren Sohn in Meer und Marine: Wählt nur Zentrum!

Schließt euch dem Zentrum, der christlichen Volkspartei, in euerem Standort an!

Abreißkalender für 1919

vorrätig

Buchdruckerei des „Rheingauer Bürgerfreund“, Wiedrich.

Wiedrich-Winkel a. Rh.

Samstag, den 13. Januar, abends 7 Uhr,

findet eine

öffentliche Wählerversammlung

im Saalbau Rosée statt, wozu alle Frauen und Männer höflichst eingeladen werden.

Tagesordnung:

Wen wählen wir zur Nationalversammlung?

Referent: Herr Georg Scheffler, Wiedrich.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Winkel.

Ein Grundstück

im „Hellersberg“, Gemarkung Winkel, circa 65 Ruten groß, halb Weinberg, halb Acker, ist zu verkaufen.

Näheres in der Exped. des Rheingauer Bürgerfreund.

Schöne gesunde

Steckzwiebel

hat abzugeben

Gärtnerei Graf, Winkel.

Tüchtiger

Schuhmacher-Geselle

für sofort gesucht.

Schuhmachermeister

Jos. Vappert, Johannisberg, Hütte 138.

Ein großer, vierteiliger

Fasensall,

gut erhalten, zu verkaufen.

Niederwalluf,

Hauptstraße 44.

Ein noch gut erhaltener

2-tür. Kleiderschrank

u. Vertikow

zu kaufen gesucht.

Angebote mit Preisangabe unter N. W. 100 an den Verlag dieser Zeitung.

Deden Sie Ihren Bedarf

vor Eintritt des Winters in

Dr. Gentners Delwachslederputz

Nigrin

denn im Winter steigt der Verbrauch, weil jedermann wasserdichte Schuhe will, die auch bei Regen und Schnee ihren Glanz behalten.

Keine verfeiste Wasserware.

— Garantiert frostsicher. —

Hersteller, auch des beliebten Parketbodenwachs „Roberin“: Carl Gentner, Wöppingen.



Schutzmarke

Wochenwachs „Roberin“: Carl Gentner, Wöppingen.

Sehr beliebt

In allen Frauenkreisen und in der Zeit der Kleiderknappheit besonders wertvolle Helfer sind: das Favorit-Moden-Album, das Favorit-Jugend-Moden-Album, das Favorit-Handarbeits-Album, nur je 1.25 Mk., postfrei 1.40 Mk. der Internat. Schnittmanufaktur, Dresden-N. 8. Nach Favorit-Schnittmustern zu schneiden ist sparsam und leicht. Alles mit und zeugt von gutem Geschmack.

Besonders zu empfehlen: Köster, Praktische Anleitung, Pantoffeln und Hausschuhe aus allerlei Resten selbst herzustellen, nur 75 Pfg., postfrei 80 Pfg. Köster, Das praktische Flickbuch, nur 75 Pfg., postfrei 80 Pfg. Wie man aus alten Kleidern neue herstellt, nur 60 Pfg., postfrei 65 Pfg.

Ein junger Eisenbahnbeamter mit hohem Einkommen und Vermögen wünscht sich zu verheiraten. Offerten unter W. 60 an den Verlag d. Btg. erbeten.

Mitteilungen

Herr Adam Klanna, Oestrich.

Wer hätte eine dreiteilige Matratze oder auch in einem Stück mit oder ohne Keil, am liebsten neu oder auch gut erhalten, zu verkaufen? Länge 1,85 M., Breite 95 cm. Schriftliche Angebote mit Preis an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten unter N. W. 100.

Briefkassetten

in einfachen und feinen Ausstattungen empfiehlt

Rheingauer Bürgerfreund, Wiedrich a. Rh.

Ein zuverlässiger

Schmiedegeselle,

der selbstständig arbeiten kann u. Fußbeschlag u. Adergerätschaften kennt für dauernd gesucht. Näh in d. Exped. d. Btg.

Cigarren, Cigaretten

sowie echt überseeischen Rauchtobak in preiswerten Qualitäten empfiehlt

Jean Gennemann,

Winkel am Rhein,

:: Taunusstraße 1. ::

Evangelische Kirchen-Gemeinde

des oberen Rheingaus.

Sonntag, den 19. Jan. 1919.

10 Uhr vorm.: Gottesdienst

in der Pfarrkirche zu Erbach.

11 Uhr vorm.: Christenlehre

der Knaben.

4 Uhr nachm.: Gottesdienst in

der Heilandskirche zu Niederwalluf.

Mittwoch, den 22. Jan. 1919.

8 Uhr abends: Gesangsstunde

des Kirchenchors im Dia-

konienheim zu Eltville.

Evangelische Kirchen-Gemeinde

Wiedrich.

Sonntag, den 19. Jan. 1919.

2. Sonntag nach Epiphania.

9 Uhr vorm.: Gottesdienst in

Wiedrich.

1 Uhr nachm.: Gottesdienst

in Erbach.

NB. Die angelegte Zeit ist die

französl. Zeit.

Rheingauer Bürgerfreund

Erscheint Dienstags, Donnerstags und Samstags.
an letzterem Tage mit dem illustrierten Unterhaltungsblatt.

Anzeiger für Oestrich-Winkel

Abonnementspreis pro Quartal Mh. 1.50
(ohne Trägerlohn oder Postgebühren)
Inseratenpreis pro sechspaltige Petitzeile 20 Pf.

Kreisblatt für den östlichen Teil des Rheingaukreises.

Grösste Abonnentenzahl
aller Rheingauer Blätter.

Expeditionen: Oestrich-Winkel u. Eltville.

Druck und Verlag von Adam Effenne in Oestrich.
Fernsprecher No. 88.

Grösste Abonnentenzahl in
Oestrich-Winkel u. Umgebung.

№ 8

Samstag, den 18. Januar 1919

70. Jahrgang

Zweites Blatt.

Die Kriegssteuer.

Zwei Entwürfe.

Aus dem vorläufigen Steuerprogramm der Reichsregierung werden nunmehr zwei Gesetzentwürfe veröffentlicht. Der eine betrifft eine außerordentliche Kriegsabgabe für das Jahr 1919. Er zerfällt in zwei Hauptteile: 1. in die Abgabepflicht der Einzelpersonen und 2. in die Abgabepflicht der Gesellschaften. Die Einzelpersonen sollen eine Abgabe vom Einkommen und vom Vermögen zahlen. Einkommen höher ist als das Friedens Einkommen. Als Kriegseinkommen gilt das steuerpflichtige Jahreseinkommen, mit dem der Abgabepflichtige bei der Jahresveranlagung vor Ausbruch des Krieges zur Einkommensteuer veranlagt ist oder veranlagt wird. Als Friedens Einkommen gilt das steuerpflichtige Einkommen, mit dem der Abgabepflichtige bei der letzten Jahresveranlagung vor Ausbruch des Krieges zur Einkommensteuer veranlagt ist, also im allgemeinen das Steuerjahr 1914. Beträge bis zu 3000 M. bleiben steuerfrei. Was das veranlagte Einkommen vor dem Kriege niedriger als 10 000 M., so gilt als Friedens Einkommen der Betrag von 10 000 M. Die Abgabe vom Einkommen beträgt für die ersten 10 000 M. des abgabepflichtigen Einkommens 5 v. H., für die nächsten angelegenen oder vollen 10 000 M. 10 v. H., für 30 000 M. 20 v. H., für 50 000 M. 30 v. H., für 100 000 M. 40 v. H. und für die weiteren Beträge 50 v. H.

Die Abgabe vom Vermögen wird nur erhoben bei Vermögenswerten von mehr als 100 000 M. Sie beträgt für die ersten zwei 100 000 M., 1 vom Tausend, für die nächsten angelegenen oder vollen drei 100 000 M. 2 v. H., für 500 000 M. 3 v. H., für 1 000 000 M. 4 v. H. und für die weiteren Beträge 5 v. H. Maßgebend für das steuerpflichtige Vermögen ist im allgemeinen der Vermögensstand vom 31. Dezember 1918. Gegenstand der Vermögensbesteuerung der Gesellschaften ist bekanntlich der Mehrertrag des 5. Kriegsjahres, das in der aus den früheren Gesetzen bekannten Weise festgestellt wird und für diejenigen Gesellschaften deren Rechnungsjahr mit dem Kalenderjahr übereinstimmt, das Jahr 1918 ist. Die Erhöhung des Steuerertrags bis auf 80 v. H. hat eine Vorfrage in der Richtung notwendig gemacht, daß ein Uebermaß der Besteuerung verhindert wird. Diese Vorfrage besteht darin, daß die Mehreinkünfte des Reiches einschließlich der Staats- und Gemeindesteuer (so weit diese letzteren von dem den Mehrertrag bildenden Teil des Einkommens erhoben werden) in jedem Fall nicht über 90 v. H. hinausgehen soll.

Ein zweiter Gesetzentwurf bringt eine Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs und zwar von dem Vermögenszuwachs, der in der Zeit vom 31. Dezember 1913 bis zum 31. Dezember 1918 eingetreten ist. Damit soll die Kriegsgewinnbesteuerung der Einzelpersonen abschließend geregelt werden, während dies für die Gesellschaften bereits durch den Entwurf des Kriegsabgabegesetzes für 1919 vorgegeben ist. Nunmehr wird noch einmal und zwar jetzt der ganze Zeitraum vom 31. Dezember 1913 bis 31. Dezember 1918 erfaßt, doch wird die auf Grund der Gesetze vom 21. Juni 1916 und 9. April 1917 erhobene bzw. vorgegebene Steuer von dem auf Grund des neuen Steuergesetzes zahlungspflichtigen Betrag in Abzug gebracht. Für die Berechnung des Vermögenszuwachses vom 31. Dezember 1913 ist das für die Berechnung des Mehreinkommens festgesetzte Vermögen maßgebend. Die Berechnung des Vermögenszuwachses vom 31. Dezember 1918 geschieht nach Maßgabe des Vermögenszuwachses.

Was die Höhe der Kriegsabgabe betrifft, die nur von dem Betrag von 3000 M. übersteigenden Vermögenszuwachs erhoben wird, so sei folgendes bemerkt: Die Kriegsabgabe beträgt für die ersten angelegenen oder vollen 10 000 M. des abgabepflichtigen Vermögenszuwachses 10 v. H., für die nächsten angelegenen oder vollen 10 000 M. des abgabepflichtigen Vermögenszuwachses 15 v. H., für die nächsten angelegenen oder vollen 10 000 M. des abgabepflichtigen Vermögenszuwachses 20 v. H., für die nächsten angelegenen oder vollen 20 000 M. des abgabepflichtigen Vermögenszuwachses 30 v. H., für die nächsten 50 000 M. des abgabepflichtigen Vermögenszuwachses 40 v. H., für die nächsten 100 000 M. des abgabepflichtigen Vermögenszuwachses 50 v. H., für die nächsten 100 000 M. 60 v. H., für die nächsten 200 000 M. 80 v. H., für die weiteren Beträge 100 v. H. des abgabepflichtigen Vermögenszuwachses. Es wird nach diesen Abgabefätzen jeder über 199 500 M. hinausgehende abgabepflichtige Vermögenszuwachs völlig versteuert und es kann somit niemand nach Erfüllung der Abgabepflicht von dem abgabepflichtigen Vermögenszuwachs mehr als 199 500 M. zurückhalten. Dies sei an einem Beispiel gezeigt: A hat einen Vermögenszuwachs von 805 000 M. erzielt. Davon sind 802 000 M. abgabepflichtig. Dann stellt sich die Rechnung so, daß von den 802 000 M. Vermögenszuwachs 602 500 M. als Vermögenszuwachssteuer abzusetzen sind. Die Besteuerung ist somit gleichwohl ist es nicht so aufzufassen, daß diejenigen, die aus den Kriegseinkünften

gen Nutzen gezogen haben, bestraft werden sollen. Das Ziel ist vielmehr (besonders nach dem ungünstigen Ausgang des Krieges, der weiten Kreisen der Bevölkerung große Verluste gebracht hat), die Einkünfte, die aus dem Kriege und während des Krieges erzielt worden sind, der Allgemeinheit zuzuführen. Die Ersparnisse und die Früchte der Arbeit werden bis zu einem gewissen Grade gesichert, indem der ganz kleine Vermögenszuwachs bis 3000 Mark unbesteuert bleibt, und der Abgabefuß nur nach und nach, wenn auch schließlich sehr steil ansteigt.

Hervorgehoben werden darf noch besonders, daß die Bestimmungen über die Veranlagung und Erhebung der Abgabe nur eine vorläufige Regelung treffen wollen und im Anschluß an die in Vorbereitung befindliche Reichsabgabenordnung noch wesentlich und insbesondere in der Richtung zu verbessern sein werden, daß den Steuerbehörden weitgehende Befugnisse zur einwandfreien Feststellung der Vermögens- und Vermögenszuwachses eingeräumt werden.

Die Friedensfrage.

(b.) Die „Times“ schreibt: Es ist unmöglich zu sagen, wie lange die Friedenskonferenz währen wird. Große Anstrengungen sind gemacht worden, um sie abzukürzen, denn alle alliierten Nationen streben danach, zu ihren friedensmäßigen Gewohnheiten zurückzukehren, und diese Gewohnheiten in allen anderen Ländern wiederherzustellen. Wenn die Konferenz der Alliierten sich über die Bedingungen des Präliminarfriedens geeinigt haben wird, werden diese dem Feinde zur Annahme vorgelegt werden. Der Friede wird ein blühender Friede sein, sobald die Bedingungen unendlich viel milder sein werden als die, die Deutschland uns auferlegen wollte.

Oberster Kriegsrat der Alliierten.

(b.) Neuer meldet aus Paris: Amtlich wird mitgeteilt, daß Vertreter der Alliierten und Afzilierten am Quai d'Orsay eine Sitzung als Oberster Kriegsrat abhielten. Verschiedene von hoch vorgelegte, mit der Verlängerung des Waffenstillstandes mit Deutschland zusammenhängende Fragen wurden erörtert. Darauf hielt man eine formelle Sitzung ab. Man tauschte Ansichten bezüglich der Arbeitsweise und andere mit der kommenden Konferenz zusammenhängende Fragen aus: Jugen waren Wilson, Clemenceau, Orlando, Lloyd George, Richen, Sonnino, Lansing und Balfour. Hoch und die Generale Bliss und Sir Henry Wilson wohnten einem Teil der Verhandlungen bei.

(b.) Das Pariser „Journal des Debats“ veröffentlicht einen Leitartikel, in dem es heißt, daß deutsche Volk dürfte und sollte nicht vernichtet werden, aber in den Friedenspräliminarien müsse festgestellt werden, daß Preußen verschwindet. Preußen müsse vor allem die von ihm nachgelassenen „geschloffenen“ Gebiete herausgeben, und den früheren Besitzern zurückstellen. Jedenfalls werde aber in den Friedenspräliminarien bestimmt werden müssen, daß Preußen auf alle Rechte auf das linke Rheinufer verzichtet. Es sei sehr wichtig, schon jetzt dieses Rheinufer der Souveränität der Berliner Regierung zu entziehen.

Der Waffenstillstand.

Neue Waffenstillstandsbedingungen.

(b.) Aus Paris wird gemeldet: Da die Deutschen weder in bezug auf die Auslieferung von Lokomotiven und Eisenbahnwagen, noch mit der Auslieferung des Kriegsmaterials den Waffenstillstandsbedingungen gehörig nachkommen, hat Marsch Foch Erzberger mitgeteilt, daß der Verband von einer automatischen Verlängerung der am 17. Januar endenden Waffenstillstands nichts hören will. Der Verband macht eine Verlängerung davon abhängig, daß neue Bedingungen gestellt werden. Diese werden in den Beratungen in Trier festgestellt werden.

Die Auslieferung unserer Schiffe.

(b.) Der deutsche Ueberdreadnought „Baden“, 27 000 Tonnen, von der Königin Elisabeth-Klasse, mit 23 Knoten Geschwindigkeit, ist in Scapa Flow angekommen und dort mit anderen Kriegsschiffen der deutschen Flotte interniert worden. Das Schiff führte nur geringe Lebensmittel. Die Uebergabe war gefordert worden an Stelle des Schlachtkreuzers „Mackensen“, der den deutschen Hafen noch nicht verlassen konnte. Noch in Deutschland befindliche Unterseeboote müssen aufgegeben werden, 170 befinden sich im Bau; die Weiterarbeit ist eingestellt worden.

Milderung der Seesperre.

(b.) Eine Milderung der Seesperre gegen Deutschland ist insofern eingetreten, als norwegische Schiffe nach deutschen Häfen Geleitschiffe erhalten. Daraufhin ist als erstes norwegisches Schiff unter Geleitschirm der Dampfer „Thrupp“ mit einer Ladung von Veringen und Fisch-Erzeugnissen von Stavanger im Hamburger Hafen angekommen. Norwegen hat jetzt um Geleitschiffe für Schiffe mit Salzladung von deutschen Häfen nach Norwegen ersucht.

Unsere wirtschaftliche Not.

Die außerordentliche Erschwerung unserer wirtschaftlichen Lage durch den in weiten Kreisen mangelnden Willen zu der intensiven Arbeit, die uns allein noch retten kann, dauert weiter an. Während die Arbeitslosigkeit außerordentlich schnell wächst, und es fast unmöglich erscheint, die Arbeitslosen aus den Großstädten und auf das blatte Land herauszubringen, wo Beschäftigung für sie geschaffen werden kann und, wie sich aus den Berichten der Arbeitsnachweisverbände ergibt, in großem Umfang auch bereits angeboten wird, sinken auch in den Industriebetrieben, wo Aufträge und Material vorhanden sind, die Leistungen in ganz erschreckendem Maße. Als charakteristisches Beispiel mag angeführt werden, daß in einer sehr großen Lokomotivfabrik in der Umgebung Berlins, die vor der Revolution etwa jeden Tag eine Lokomotive fertig stellte im Monat Dezember auch nicht eine einzige Lokomotive vollendet worden ist. Dabei hat der Betrieb Aufträge, die die volle Ausnutzung seiner Leistungsfähigkeit erfordern würden, und ist auch mit Rohstoffen hinreichend eingedeckt. Die Anforderungen nach Arbeitskräften im Bergbau und in der Landwirtschaft bestehen in großem Maße fort. Doch läßt sich in einigen östlichen Provinzen, z. B. in Westpreußen und in Pommern, schon eine gewisse Milderung des Arbeiterbedarfs für die Landwirtschaft wahrnehmen, während die unbefriedigte Nachfrage nach Arbeitskräften im Bergbau noch im Steigen begriffen ist. Die Zahl der stellenlosen Handwerker, Kaufleute und Bureauangestellten, sowie Kellner wächst enorm. Für Arbeiterinnen stehen weitere Entlassungen bevor, auch in den Industrien, in denen die Arbeiterinnen nicht erst seit dem Kriege tätig sind, wie z. B. in der Textilindustrie. Weibliches Hausgebinde wird in Stadt und Land weiterhin rege gesucht, ohne daß ein nebensächliches Gegenobjekt vorhanden wäre.

Arbeit — oder Hunger.

In schroffem Gegensatz zu dem Mangel an Arbeit in unseren lebenswichtigen Betrieben steht nach wie vor die ungeheure Arbeitslosigkeit, die sich besonders in den großen Städten zeigt. Im Ruhrrevier ist die Kohlenförderung immer noch sehr unzulänglich, und auch in Oberschlesien liegen die Verhältnisse weiterhin sehr ungünstig. Die in der Presse gebrachten Meldungen über die Erledigung der Streiks, Wiederherstellung der Ruhe, Wiederaufnahme der Arbeit geben kein zutreffendes Bild und führen leicht zu gefährlichen Illusionen. Wenn z. B. in Oberschlesien wie zur Zeit drei Gruben streiken, so bedeutet das mit Rücksicht auf die in Betrieb befindlichen 90 Gruben nicht viel. Wägt man aber hinzu, daß von den übrigen Gruben nur 4555 Wagen (etwa 70 000 Tonnen Förderung) geladen werden, wird die höchst minderwertige Arbeitsleistung erst ins rechte Licht gerückt. Von den linksrheinischen Gruben sind bisher noch keine Kohlen auf das rechte Rheinufer hinüber gekommen; auch aus den Braunkohlenrevieren sind die in Aussicht gestellten Brisketts noch nicht geliefert worden. Süddeutschland ist mit Saarkohle bisher immer noch nicht beliefert worden. Die Lage der Kraft- und Gaswerke in Baden und Württemberg ist verzweifelt. Trotz der allerempfindlichsten Einschränkungen werden sie ihren Betrieb bald gänzlich einstellen müssen. Infolge der Sperrung des Brückenkopfes Mainz kann aus dem Ruhrrevier keine Kohle nach Süddeutschland befördert werden. Hierunter leiden besonders auch die habsburgischen Staatsbahnen, deren Betrieb auf Ruhrkohle eingestellt ist. Auch im niederläufigen Braunkohlenrevier herrscht größter Arbeitermangel.

Das Beispiel Rußlands.

Ein kürzlich in Berlin angelangter russischer Sozialdemokrat gewährte einem Mitarbeiter der V. P. N. eine Unterredung, in der er ihm über das bolschewistische Regiment in Rußland folgende, teilweise durch Dokumenten belegte Angaben machte:

Die Wirtschaftslage des Landes verschlechtert sich mit der Dauer der bolschewistischen Regierung. Nach zuverlässigen Schätzungen arbeiten jetzt 15—20 Prozent der Betriebe, die vor der Revolution gearbeitet haben. In Petersburg werden im Maximum 15 Prozent der dortigen Arbeiter, die vor dem Kriege in der Industrie beschäftigt waren, angestellt. Die Produktion ist jedoch noch viel größer. Es besteht der Achtstundentag, in Wirklichkeit werden höchstens 3—4 Stunden täglich gearbeitet. In einzelnen Staatsbetrieben ist die Produktivität fast Null. Nirgends besteht Sinn für Verantwortlichkeit, nirgends wird eine auch nur einigermaßen planmäßige Kontrolle ausgeübt.

Am schlimmsten wird von dieser Wirtschaft die Gestaltung der Ernährungsverhältnisse getroffen. Während die Massen von dem Leben, was ihnen zugeht, nichts wissen, so wären sie alle längst auf dem Friedhof. Selbst den Notgarbisten, die die Nahrungsmittelabgabe überwachen sollen, müht man nicht zu, daß sie sich an die Vorschriften halten. Die Bevölkerung ist in vier Kategorien eingeteilt, von denen die erste die Schwerarbeiter und

Notgarbissen, die zweite die Leiharbeiter, die dritte die Berufs- und die vierte das bestehende Bürgerturn umfasst. Nach der amtlichen Bekanntmachung wurde der ersten Kategorie 1 Pfund Brot, 1 Pfd. Kartoffeln, der zweiten 1/2 Pfund Brot, 1 Pfund Kartoffeln, der dritten 1/2 Pfund Brot, 1 Pfund Kartoffeln, der vierten 2 Heringe täglich zugeteilt. Das war am Tage, nachdem das gleiche Blatt in einem offiziellen Leitartikel der stammenden russischen Welt veröffentlicht hatte, die Ernährungsfrage sei vorüber. Jedermann sieht natürlich, daß er etwas auf dem Lande laufen kann, wodurch Lebensmittelpreise erzielt worden sind, die dadurch charakterisiert werden, daß 1 Pfund Brot 8, 10 und 12 Rubel kostet.

Das Regiment der Bolschewisten hält sich denn auch nur durch die furchtbaren Repressalien. Die gesamte antibolschewistische Presse ist unterdrückt. Während es noch unter dem zaristischen Regiment eine reiche illegale Presse gab, wagen heute nur noch ganz wenige Leute, an die Herausgabe illegaler Schriften zu gehen. Auch die ganze sonstige sozialistische Presse ist unterdrückt. Die geringste antibolschewistische Agitation wird mit Gefängnis und mit Todesstrafe bestraft. Die Verhafteten sind schrecklichen Qualereien ausgesetzt. In einem offiziellen Blatte sagt ein Mitglied des „Außerordentlichen Ausschusses“, warum man eigentlich die Verhafteten so furchtbar behandelt, warum man nicht sofort um das Gefängniswesen ist es schlimmer bestellt, als unter der zaristischen Willkür. Es ist heute selbst der Schein der Gesetzmäßigkeit verfallen. Nach dem Aktentat auf Lenin wurden in Petersburg 1000 Personen hingerichtet. (Offiziell sind nur 500 Hinrichtungen angegeben worden.) Die außerordentliche Kommission, die die Todesstrafe verhängt, verhandelt unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Eine Anzahl Sozialisten anderer Richtungen sind ohne Gericht und Untersuchung erschossen worden. Geiseln werden fortwährend festgehalten, darunter Frauen und Kinder. Die „Bolschewistische außerordentliche Kommission“ bringt in jeder Nummer lange Listen der Namen von Erschossenen. Vom 6. bis 13. Oktober wurden nach der „Iswestija“ 81 Personen erschossen, darunter 2 Frauen. In einzelnen Städten haben öffentliche Hinrichtungen stattgefunden. Es genügt, für „unzuverlässig“ erklärt zu werden, um hinter Gefängnismauern zu verschwinden. Vom 25. September bis 4. Oktober wurden nach den vorliegenden Nachrichten 487 Personen erschossen, darunter 4 Frauen und 1 Gymnasiast.

Ueber die Frage der Vereinnahmung der Menschheit (d. h. die Sozialisten im Sinne unserer Mehrheitssozialisten. D. Schrift.) mit den Bolschewisten erklärte unser Gewährsmann, solange die Bolschewisten terrorisieren und gegen die Einberufung der Konstituante sind, werden sich die Menschheit auf eine Vereinnahmung einlassen. Gegen das Eingreifen der Entente glauben die Bolschewisten durch die Größe des Landes geschützt zu sein. Die Bolschewisten durch die Größe des Landes geschützt zu sein.

Das Wahlergebnis in Bayern

Bayerische Zweidrittel-Mehrheit.

Von 191 repräsentativen Wahlverordnungen liegen die einseitigen Wahlergebnisse zum bayerischen Landtag für 147 Wahlkreise vor. Hiernach entfallen auf die hauptsächlichsten Parteien:

Bayerische Volkspartei (Zentrum) 754 474,
Sozialdemokratische Partei 696 433,
Deutsche Volkspartei 312 182,
Bayerischer Bauernbund 250 288,
Nationalliberalen u. bayerische Mittelpartei 86 153,
Unabhängige Sozialdemokraten 67 593,
Mittelstandspartei 3180.
Unterschiedspartei 19 236 Stimmen

In den ganzen Zahlen sind die Wahlergebnisse von Nürnberg ganz und von München größtenteils mitgeteilt; von den 416 Münchener Stadtbezirken fehlen noch 39. Dagegen liegen die Wahlergebnisse aus verschiedenen Städten, z. B. Augsburg, Kempten und Würzburg überhaupt noch nicht vor, so daß sich die Gesamtergebnisse noch verschieben können. In der Annahme, daß durch die noch ausstehenden Resultate das Wahlergebnis der einzelnen Parteien zueinander nicht erheblich verändert wird, dürften als Wahlergebnis auf die Bayerische Volkspartei (Zentrum) 55 Abgeordnete, auf die Sozialdemokratische Partei 50, die Deutsche Volkspartei 22, den Bayerischen Bauernbund 18, die Nationalliberalen 7 und auf die Unabhängigen 4 Abgeordnete entfallen.

Die Pflicht der Frau.

Die Wahlen zur Nationalversammlung stehen vor der Tür. Zum ersten Male in der Geschichte unseres Volkes werden auch unsere Mütter, Frauen und Mädchen in die Arena eines politischen Wahlkampfes steigen, wie ihn nach seiner Bedeutung selbst die Männer bisher noch nicht geführt haben. Der volle Ernst der Stunde tritt an die gesamte mündige Frauenschaft heran. Denn das Wahlrecht, für das sie jahrhundertlang gekämpft haben und das ihnen nun verliehen wurde, legt ihnen im gleichen Maße und Maße wie den Männern die schwere Verantwortung auf, an der Gestaltung der Geschichte unseres Vaterlandes mitzuwirken und mitzuwirken. Diese Verantwortung läßt sich nicht dadurch abheben, daß man nicht wählt. Die Frau, die so denkt und handelt, trägt im Gegenteil eine weit schwerere Verantwortung als die Frau, die wählen geht. Wahlrecht ist heute für jeden, und besonders für die Frauen auch Wahlpflicht. Weil sie den Ausschlag bei den Wahlen geben. Sie werden, ob sie wählen oder nicht, über das Vaterlands Schicksal bestimmen. Sie haben die Schuld, wenn das deutsche „Bürgerturn“, wenn unsere höchsten und kostbarsten Kulturgüter und des deutschen Volkstums Grundlagen unter dem Übergewicht der sozialistischen Parteien oder der Matur des Proletariats versinken würden. An der Verantwortung sind die Frauen schuldlos, doch nicht an der Zukunft. Darum ergeht an sie der Ruf: **Alles für die deutschen Frauen an die Front!**

Schützt die bedrohte persönliche Freiheit und das Eigentum, schützt deutsches Recht und deutsche Ehre, schützt Staat und Kirche und alles, was deutschem Bürgerturn heilig und wert ist! Werbet und kämpft in euren Reihen auf! Jede deutsche Frau hat die Pflicht, mitzuwirken und in diesen letzten Wochen vor dem Wahltage mitzuwirken an der Aufklärung irreführender Schwärmen, Brüdern und Müttern. Damit das deutsche Bürgerturn unverfehrt aus dem Wahlkampf hervorgeht und einen festen Haß bilden kann gegen eine Klassenherrschaft der

Minderheit, die uns im Innern knebelt und nach außen wehrlos machen würde.

Es steht bei den Wahlen alles auf dem Spiele: unsere nationalen und christlichen Ideale und unsere wirtschaftliche Existenz. Ueber unseren Niederrufstiege oder unseren endgültigen Untergang wird der 19. Januar entscheiden. Keine Stunde ist mehr zu verlieren, wenn nicht die rote Internationale obliegen soll. Zu einem Tage des Entscheidungsschlages zwischen dem deutschen Bürgerturn und dem internationalen Sozialismus muß der 19. Januar werden. Das Vaterland über die Partei. Keine Meinungsverschiedenheit, keine Frage darf das Bürgerturn an diesem Tage trennen. Der engste Zusammenhalt aller derer, die nicht wollen, die ihren nationalen und christlichen Idealen nicht unterliegen und sie in eine bessere Zeit hinüberreiten wollen. Das neue Wahlrecht gibt ja den bürgerlichen Parteien die Möglichkeit, über alle sie sonst trennenden Fragen und Anschauungen hinweg sich zu einer Bilanz gegen die Sozialdemokratie zusammenzuschließen, ohne bei der Abgabe des Stimmzettels auf die Beteiligung ihrer persönlichen Ueberzeugung zu verzichten.

Im Genetischen handelt es sich. Aus dem furchtbaren Zusammenbruch der Macht und der Größe unseres Reiches haben wir unsere Nation zu retten und unser Staats-, Verwaltungs- und Wirtschaftsleben von Grund aus wieder aufzubauen. Das deutsche Haus, die deutsche Familie, muß der Grund- und Eckstein sein, auf dem sich der Neubau erheben soll. Die deutschen Frauen werden die Verantwortung mittragen für die Grundlagen, in denen unseres Volkes Wohl und Wehe künftig verankert sein wird. Sie werden über ihre eigenen Angelegenheiten, die Fragen der Erziehung, der Säuglings- und Jugendpflege, der Wohnungs- und Bevölkerungsfrage, des Mutterschutzes und der öffentlichen Moral mitzuwirken und mitzuarbeiten haben. Sie haben selbst zu streiten für ihre langjährige Arbeit und Heimatrolle, für ihr Erb- und ihren Glauben, für ihre Familie und ihre Kinder. Nun gilt es für sie, die Vaterlandsliebe durch die Tat zu bezeugen und sich des Glückes, eine deutsche Frau zu heißen, würdig zu beweisen. Im Kriege haben die deutschen Frauen leuchtende Beispiele und Proben an Kraft, Opfermut und stillem Heldentum überreich gegeben. Jetzt wird von ihnen verlangt, ihre Stimme abzugeben für das Vaterland, um das sie alle Mühlsalzen freudig und willig duldeten. Von einer einzigen Stimme kann das Schicksal unseres Volkes abhängen. Die ganze Frauenschaft weiß heute, daß die Nationalversammlung das wichtigste Ergebnis in der Entwicklung unseres Staatslebens bedeutet. Darum darf auf keine Frau verfallen, die ihre Verantwortung für die bürgerlichen Parteien zu treiben, und am Wahltage ihre Stimme abzugeben. Wahlrecht ist Wahlpflicht! Denn wer Rechte erhalten hat, der übernimmt auch Pflichten. Und die heiligste und schönste unserer nationalen Pflichten ist das Bekenntnis und die Liebe zum Vaterlande in den Stunden seiner tiefsten Erniedrigung und Not. Für unser armes und gequältes Vaterland arbeitet und werdet, ihr deutschen Mütter, Frauen und Mädchen, bis zum 19. Januar und geht in diesem Tage eure Stimmen nur den bürgerlichen Kandidaten, damit der deutsche Staat wieder seine Schwingen zu regen lerne und das neue Leben aus den Ruinen wächst und blüht.

Urteilt gerecht über die Marine.

Vom Dedoffizierbund geht uns eine Erklärung zu, der wir folgendes entnehmen:

Bereits in den ersten Tagen der Revolution hat eine große Anzahl von Matrosen und Heizer die einzelnen Marine-Kasernen verlassen, um sich in anderen Städten den örtlichen Arbeiter- und Soldaten-Massen zur Verfügung zu stellen. Die Ereignisse der letzten Zeit in Dresden und Berlin haben aber bewiesen, daß das Wirken dieser Matrosen-Abteilungen, die normalerweise insofern aus dem aktiven Dienstverhältnis hätten entlassen werden müssen, nicht nur der staatlichen Ordnung, sondern vor allem auch dem ohnehin schon stark gesunkenen Ansehen der Marine ganz gewaltig geschadet hat. Ja, es ist bereits soweit gekommen, daß brennende Unteroffiziere und Dedoffiziere der Marine öffentlich beschimpft worden sind und daß man aktiven Marine-Unteroffizieren, welche sich in der Industrie usw. um Zivilstellen bewarben, schon aus ihrer Jugendlosigkeit zur revolutionären Marine einen Vorwurf gemacht und ihnen infolgedessen die Stellen aus vorentscheid hat. Aus der Presse und anderen öffentlichen Äußerungen wissen wir, daß überall in Deutschland eine große Erbitterung ganz allgemein gegen die Marine herrscht. Wenn sich diese Stimmung unter anderseitigen Verhältnissen auch erklären läßt, so ist sie doch keineswegs gerecht. Wir erheben deshalb gegen eine derartige Verallgemeinerung entschiedenen Protest, denn wir können und dürfen vom deutschen Volke bei Beurteilung der Marine mehr Objektivität verlangen.

Nicht nur ein paar tausend Matrosen und Heizer, die seinerzeit in Kiel den Aufstand inszenierten und heute zum größten Teil entlassen sind oder aber sich als sogenannte Matrosenabteilung noch in einer Anzahl von Großstädten bemerkbar machen, stellen die „Marine dar. Diese wird vielmehr in ihrem Kern und Hauptbestandteile durch das aktive Dedoffizier- und Unteroffizierkorps verkörpert, das den größten Teil seines Lebens oder doch wenigstens die besten Jahre desselben dem Dienst für das Vaterland gewidmet hat. Es ist wohl selbstverständlich, daß niemand mehr als diese Männer den Zustand der Marine aufrechterhalten und die dadurch mangelnde Auslieferung unserer Flotte als Schmach für die ganze deutsche Nation empfindet. Einen maßgebenden Einfluß auf die Matrosen und Heizer, durch den der Zustand hätte verbessert werden können, besaßen wir leider nicht, da die Leute durch jahrelange schwere Fehler des alten Systems bereits zu tief verblödet und unter Ausnutzung dieser Tatsache im geheimen durch gewissenlose Elemente völlig verberbt waren. Uns blieb deshalb in richtiger Erkenntnis der Sachlage und trotzdem es unserem intensiven Empfinden widersprach weiter nichts übrig, als uns geschloffen hinter die neue Regierung zu stellen und in unermüdlicher treuester Weiterarbeit mitzuhelfen, Ordnung und Sicherheit nach Möglichkeit aufrecht und die gewaltigen Materialwerte in gutem Zustande zu erhalten, als feststehend, daß der neuere politische Zustand von Dauer sein würde. Insbesondere haben wir es uns angelegen sein lassen, dafür zu sorgen, daß die Waffenstillstandsbedingungen möglichst rechtzeitig und reiflich erfüllt wurden, um dadurch dem Vaterlande ein noch größerer Glanz zu ersparen.

Das deutsche Volk darf sich davon überzeugen, daß der Kern der Marine auch heute noch gesund ist und daß dieser Kern künftighin nichts unberührt lassen

wird, um Manneszucht, Ruhe und Ordnung in der Marine zu bewahren, um den alten guten Kameradschaftlichen Geist früherer Jahre wieder aufleben zu lassen. Andererseits dürfen wir aber wohl vom deutschen Volke soviel Gerechtigkeit erwarten, daß es nicht die ganze Marine wegen eines irregulären Teiles verurteilt und verantwortlich macht.

Offiziers-Gehälter.

Durch kriegsministerielle Verfügung vom 27. November 1918 ist die Gehaltszahlung der Offiziere wie folgt geregelt worden: Aktive Offiziere erhalten das Friedensgehalt ihres Dienstgrades nach Dienstaltersstufen gestaffelt und den tarifmäßigen Wohnungsgeldzuschuß. Offiziere des Beurlaubtenstandes erhalten dieselben Gehaltsstufen, jedoch nicht nach Dienstaltersstufen. Diese Zahlungsbestimmung der Friedensgehälter nach Eintritt der Demobilisierung bestand bereits vor dem Kriege. In Anbetracht der Teuerungszulagen und der aktiven Offizieren laufende Teuerungszulagen und Beihilfen bewilligt worden, die wiederum nach Art der Familienstandsverhältnisse gestaffelt sind. Bei Wehrfähigkeit erhalten diese Gehaltsstufen auf Grund von Anträgen auch Offiziere des Beurlaubtenstandes. Außerdem erhalten familiäre Offiziere bei dienstlicher Abwesenheit aus dem Standorte die Hälfte der verordnungsmäßigen Tagegelber (Leutnants pro Tag 5 Mark). Die Gehaltsstufen für einen Leutnant würden sich, je nach Dienstaltersstufen, wie folgt belaufen:

unverheiratet am Standort von 220—295 Mark, außerhalb von 370—445 Mark;
verheiratet über 25 Jahre, am Standort von 296 bis 321 Mark, außerhalb von 446—471 Mark;
verheiratet mit 1 Kind, am Standort von 315 bis 340 Mark, außerhalb von 465—490 Mark;
verheiratet mit 2 Kindern, am Standort von 335 von 360 Mark, außerhalb von 485—510 Mark etc.
Hierbei sei noch darauf hingewiesen, daß mit dem niedrigsten Satz von 220 Mark meistens nur junge Offiziere von 18 bis 21 Jahren und unverheiratete Offiziere des Beurlaubtenstandes betroffen werden, denn von drei zu drei Jahren rücken Leutnants des Friedensstandes in eine höhere Stufe auf und bekommen dementsprechend höhere Gehaltsstufen.

Heer und Flotte.

Ein badiisches Volkshoer.

(d.) Die badiische Regierung hat im Einvernehmen mit den Arbeiter- und Soldatenräten des 14. Armeekorps die badiische Volkskonvention aufgestellt, um ein badiisches Volkshoer zu schaffen als eigenes selbständiges Kontingent. Zunächst sollen zwei Bataillone in Heidelberg und Bruchsal errichtet werden, zugleich als Lehrbataillone für Genarmen, Schuplente, Grenzaußer. Die Bataillone werden zunächst zuverlässige Stützen der Ordnung gegen die bolschewistische Strömung sein. Die Arbeiter- und Soldatenräte haben nachdrücklich erklärt, daß sie die Berliner Zustände in Baden zu verhindern wissen würden, und zwar sofort mit Waffengewalt. Baden will mit dem Volkshoer ein Vorbild für ganz Deutschland schaffen.

Die bedrohte Ostmark.

(d.) Der Angriff gegen Kopyn konnte wegen der Ueberlegenheit der Polen nicht weitergetragen werden. Die kleine von den Polen in Kopyn eingeschlossene Besatzung — es waren die 5ter — schlug sich durch den polnischen Ring durch. Die deutschen Kräfte stehen auf der Linie Groch-Schmollen-Boynowa am Odra. Der Hauptmann der Polen ist über Kopyn hinaus mitgeschoben, polnische Patrouillen stehen aber bis in die Gegend vor Jälschau vor. Im Kreise Jälschau ist man nunmehr zur Gründung von Heimatkompanien geschritten, die aus der einheimischen Bevölkerung rekrutiert werden. Der Angriff am Samstag erfolgte, nachdem die Polen Kopyn besetzt und die kleine deutsche Besatzung eingeschlossen hatten.

Allerlei Nachrichten.

Keine Besetzung Wadens.

(u.) In der Landesversammlung der Soldatenräte wurde im Auftrage des Ministers des Innern mitgeteilt, daß der Verband bei weiteren ruhigen Verhältnissen nicht die Absicht habe, in Waden einzurücken, auch wenn dies in Berlin und im Rheinland nötig werden sollte.

Die deutschen Kriegsgefangenen.

Die englische Regierung setzt erfreulicherweise den Abtransport franker und verwundeter deutscher Kriegs- und Zivilgefangenen in die Heimat fort. Es kamen in der letzten Zeit folgende Transporte an: In Neufahrwasser etwa 350 Zivilgefangene, an der Jade-Mündung 2000 Zivilgefangene, in Rotterdam ein englisches Hospital mit 23 Offizieren und 299 Unteroffizieren und Mannschaften, die den Austauschbedingungen für Schwerverwundete entsprachen. Von dort aus ist die Weiterführung mit Lazarettzügen nach dem Heimkehrlager Bremen erfolgt. Es wird bemerkt, daß Auswahl und Zusammenstellung des Transportes lediglich der englischen Regierung zusteht, und daß die deutsche Regierung keinen Einfluß auf sie hat, so daß von deutscher Seite geäußerte Wünsche nicht berücksichtigt werden können.

Keine Kontrolle der Rohstoffe.

(b.) „Morning Post“ meldet aus Paris: Die Alliierten beabsichtigen nicht, die Regierungskontrolle über die Industrie in ihren Ländern weiterhin durchzuführen; sie beschließen auch, keine internationale Kontrolle über die Rohstoffe auszuüben.

Tschechen an der bayerischen Grenze.

(b.) Die Tschechen haben die bayerische Grenze unmittelbar vor dem bayerischen Gebiet besetzt. Die Posten stehen auf Rußweite voneinander entfernt und zwar längs des böhmisch-bayerischen Grenzgebietes.

Aus der bedrohten Ostmark.

(u.) Die Nachricht, daß sich polnische Legionäre Bromberg bis auf vier Kilometer genähert hätten, bestätigt sich nicht. Die Polen haben auf der Strecke Bromberg-Gohensalza nur die Station Gildenhause besetzt. Ferner haben sie den Bahnverkehr Bromberg-Thorn unterbrochen, dagegen ist die Strecke Bromberg-Berlin für den Eisenbahnverkehr frei. Die Lage

in der Stadt selbst kann im allgemeinen als ruhig bezeichnet werden. — Weiter verlautet amtlich: Die Nacht zum Donnerstag verlief ruhig. An der See fanden Patrouillenfahrten statt. Polnische Banden entwickelten eine rege Tätigkeit. Eine Bande zeigte sich auf dem Bahnhof Ratel, um zu fliehen, verschwand aber wieder nach kurzer Zeit.

Der Umsturz in Luxemburg.

(11) Die Großherzogin Adelheid von Luxemburg ist aus der Hauptstadt geflüchtet. Ihr Aufenthalt ist nicht bekannt. Sie soll sich aber noch in der Umgebung der Stadt befinden. Vor dem Schloß haben in den letzten Tagen bedrohliche Kundgebungen stattgefunden. Die Republik ist offiziell verkündet worden. — Die Pariser Blätter berichten in einem Telegramm ausführlich über die Vorgeschichte der Revolution in Luxemburg, die auf die deutsche Revolution in der Großherzogin, sowie auf die Revolte der luxemburgischen Armee im Zusammenhang mit der Erbitterung über die Lebensmittelpreise zurückzuführen sei. Der Appell der Großherzogin, sich wegen der weiteren Organisation des Landes mit der Deputiertenkammer in Verbindung zu setzen, kam zu spät. Tatsächlich scheint neben der großherzoglichen Regierung eine zweite revolutionäre republikanische Regierung zu bestehen. Die endgültige Klärung ist nach den Pariser Blättern noch nicht erfolgt. — „Journal des Debats“ erzählt: Die Partei, die die Republik Luxemburg ausrief, habe beschlossen, eine offizielle Abordnung nach Paris zu entsenden mit dem Auftrag, der französischen Regierung die Angliederung Luxemburgs an Frankreich vorzuschlagen.

Die französische Demobilisierung.

Die französische Demobilisierung geht nunmehr schneller vor sich. Die Leute werden in Abteilungen zu 4000 bis 5000 Mann täglich entlassen. Bevorzugt werden zunächst Arbeitskräfte für die Industrie. Sobald es möglich ist, werden die Hauptentlassungen in Aussicht genommen, die Mitte Februar stattfinden werden, doch läßt sich das genaue Datum erst nach den Entscheidungen der Friedenskonferenz festlegen.

Bermischtes.

— **Fahrradbereifungen.** Infolge der außerordentlich zahlreichen Anfragen aus der Bevölkerung teilt das Reichsverkehrsamt mit, daß die Reeresbe- stände an Fahrradbereifungen sehr gering sind und nur den dringenden Anforderungen entsprechen werden. Die Abgabe erfolgt bei der Fahrradreise- Ausgabestelle in Spandau, Gewerkschaft. Anträge auf Abgabe sind unter Einreichung einer behördlichen Bescheinigung der Dringlichkeit zu stellen. Die Abgabe erfolgt nach folgender Dringlichkeitsliste: 1) an Klerge, Seemann und Tierärzte, in erster Linie mit Landpraxis, 2) an Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden, 3) an Elektrizitätswerke für Störungsfälle, 4) an Kriegsin- validen, 5) an Soldaten, 6) an die Post. Es wird gleichzeitig bemerkt, daß die Fabrikation von Fahrradbe-

len freigegeben worden ist, so daß die Händler in kurzer Zeit von den Fabriken mit Fahrradbereifung versorgt werden.

— **Der Stimmzettel.** Die Wahlvorschlüsse der einzelnen Parteien dürfen nach § 11 des Wahlgesezes nicht mehr Namen enthalten, als Abgeordnete im Wahlkreis zu wählen sind. Hier wird also eine Höchstzahl gesetzt, die zu erreichen niemand verpflichtet ist. Gleichwohl haben die meisten Parteien sich bemüht, eine recht stattliche Bewerberliste herauszubringen; selbst kleinere Parteien, die nur auf einen oder zwei Sitze rechnen können, haben sich vielfach die überflüssige Mühe gemacht, „vollständige“ Listen aufzustellen, obwohl sie mit drei oder vier Namen — man muß für den Fall, daß die Gewählten später durch Tod oder anderweitig ausfallen, Ersatzleute bereit haben — durchaus zurecht kämen. Die Frage ist jetzt die, ob es zweckmäßig ist, diese hand- wörtlichen Wahlvorschlüsse auch auf die Stimmzett- l zu setzen. Richtig ist es jedenfalls nicht. Man mache sich klar, daß die Stimmabgabe diesmal einen andern Sinn hat als bei den früheren Reichstagswahlen. Dem Wähler wird nicht erlaubt, sich in voller Freiheit für eine bestimmte Person zu entscheiden, sondern es wird von ihm verlangt, daß er sich zu einer bestimmten Partei bekenne und damit den von dieser aufgestellten Wahl- vorschlag gutheiße. Dieses Bekenntnis legt der Wähler ab, indem er aus der Bewerberliste seiner Partei einen oder mehrere Namen deutlich angibt. Der Stimmzettel ist also schon gültig, wenn er einen einzigen Namen aus einem der eingereichten Wahlvorschlüsse enthält. Die Gültigkeit des Stimmzettels wird dagegen gefährdet, wenn er andere Namen als die eines bestimmten Wahl- vorschlags aufweist; denn er wird ungültig für den Fall, daß er Namen aus verschiedenen Listen aufweist, sowie für den Fall, daß er nur Namen enthält, die auf keiner der eingereichten Listen vorkommen. Im besonde- ren wird der Wähler sich hüten müssen, aus einer fal- schen Auffassung über den Sinn der Listenverkoppelung heraus einen Zettel abzugeben, der neben Namen aus einem Wahlvorschlag auch solche aus einem der damit verbundenen Wahlvorschlüsse enthält; schon die Einschle- bung eines einzigen Namens aus einer anderen Liste macht den Stimmzettel wertlos.

Zeitgemäß. In der Ausgabe eines Kölner Aus- hängelattens, in der Wein feilgeboten wird, ist ein Schild zu lesen, das folgenden Inhalt hat: „Rott, spe- ziell für Einbrecher! Nur Ausstellungsloschen! Mit Was- ser gefüllt.“

— **Haarischheit als Leder.** In der englischen Presse wird über Bestrebungen berichtet, die Haut der größten Haubische zu Leder zu verarbeiten, das gleichzeitig weich, geschmeidig und sehr haltbar sein soll. Außer in England sind auch in Dänemark Versuche mit der Ver- wendbarkeit grönländischer Haubische angestellt worden. Freilich scheint die Haut zur Herstellung von Schuh- zeug nicht brauchbar zu sein, aber für feinere Leder- waren, die zum Teil bisher aus der weit kostspieligeren Haut der Krokodile hergestellt wurden. Da ein mittel- großer Haubisch eine Haut von 25 Pfund Gewicht lie- fert und im Ozean kein Mangel an diesen Täuern ist, so könnte sich aus ihrem Fang eine einträgliche Indu- strie entwickeln.

— **Traktors unter Wasser.** Während des Krieges ist, nach einer New-Yorker Meldung, in Amerika eine neue Methode zur Aufnahme drahtloser Meldungen erfunden worden, und zwar mittels unterirdischer Stationen, wo eine Wasserfläche als Empfänger dient. Dieses Verfah- ren soll weniger kostspielig sein als das der Antennen u. s. w. Es gelang viel besser, drahtlose Meldungen aus Europa unterirdisch als durch das gewöhnliche So- stem aufzunehmen. Die Erfindung wird auch für Un- tersuchungen von großer Bedeutung sein, die dadurch Ge- legenheit haben, mit sehr einfachen Apparaten drahtlose Meldungen aufzunehmen, ohne aufzutauchen. Es ge- lang dem Erfinder Rogers sogar, mit den neuen Ap- paraten Meldungen unter Wasser aufzugeben, jedoch vor- läufig nur über eine Strecke von etwa zwei Meilen.

Bekämpfung der Ehescheidungen.

Die Statistik über die Geschäftstätigkeit der preußi- schen Gerichte in Zivilsachen in den Jahren 1916—17 ergibt, daß die Ehescheidungen 1916 um 34,1 Pro- zent, 1917 um 14,4 Prozent zugenommen haben. Wenn auch bislang die genaue Ehescheidungsstatistik fehlt, so darf doch mit ziemlicher Sicherheit als Grund für die überaus betrübende Zunahme der Ehescheidungen das allgemeine Sinken der Sittlichkeit (die Zunahme der Ehebrüche) bezeichnet werden. Da — worüber Ueber- einstimmung herrscht — nach der Rückkehr der Krieger in die Heimat damit zu rechnen ist, daß die Zahl der Ehescheidungsprozesse wegen Ehebruchs noch erheblich wachsen wird, drängt sich die ernste Frage auf: Wie können wir dieser Gefahr wirksam begegnen? Was muß in dieser für unser Volk an Sorgen und Schmerzen überreichen Zeit geschehen, um der Zerstörung vieler Familien durch drohende Ehescheidungen entgegen- zutreten? Zunächst müssen Anwalt und Richter als wahre Volksfreunde alle Kraft daran setzen, um die Erhebung von Ehescheidungsklagen zu verhindern oder deren Zu- rückziehung zu veranlassen. Sodann haben die Ge- richtlichen aller Konfessionen mehr als je zuvor durch all- gemeine Belehrung wie Privatschlichtung auf die Aus- schöpfung der Ehegatten hinzuwirken und auf die furchtbare Verantwortung der Personen hinzuweisen, die Fehl- tritte eines Ehegatten dem anderen Ehegatten hinter- bringen. Die Zahl der Waisen, deren tapfere Väter in fremder Erde ruhen, ist so furchtbar groß, daß es unser heißer Wunsch sein muß, die Kinder der heimkehren- den, sich nach Ruhe, Frieden und Familienglück sehnen- den Krieger vor den tragischen Folgen der Scheidung ihrer Eltern zu bewahren. Es müssen sich sofort al- lenthalben aus allen Schichten des Volkes Männer und Frauen, die Vertrauen und Ansehen genießen, zusam- mentun und Einigungsämter gründen, deren Aufgabe darin besteht, Ehegatten zu versöhnen und Eheschei- dungen vorzubeugen. Was in den „Sühneterminen“ nicht erreicht werden kann, darf von den Einigungsämtern er- wartet werden. Denn es besteht hier die Möglichkeit, ohne Aufsehen Rat zu holen und durch Raterteilung Hilfe zu leisten.

Verantwortlich: Adam Etienne, Destrach.

Vor der Wahl.

Den Winzern und Kleinbauern gewidmet
von Adam A. Raß,
ebenfalls Kriegsteilnehmer, Winkel.

In einem kürzlich erschienenen „Eingefand“ im „Rheinischer Bürgerfreund“ hat Herr Jos. Pleines die Winzer und Kleinbauern zur Wahl der „Scheidemann“- Liste aufgefordert, da nur die Sozialdemokratische Partei den Kleinbauern zu schützen vermöge. Wie aber stimmt das mit dem Programm der Sozialisierung zusammen? Es scheint mir, daß sich da hinter schönen Reden der Pferdeschweif verbirgt. Wie sehr die Lage der Kleinbauern den Sozialisten am Herzen liegt, ist in dem Frankfurter Aufruf, den Herr Scheffler aus Viebich bei der Versamm- lung in Winkel am vergangenen Sonntag abzuleugnen ver- suchte, klar ausgesprochen, da es darin wörtlich heißt:

„Der Sozialismus wird dafür sorgen, daß der Boden in die Verfügung der Dorfgemeinden und Bauernverbände übergeht, so daß Ihr für ewige Zeiten von den Sorgen einer Kleinbürgerlichen Existenz befreit seid.“

Also wohlgemerkt: Von den Sorgen der Kleinbürger- lichen Existenz will Euch die Sozialdemokratie befreien. Will sie Euch etwa zu Großgrundbesitzern machen? O nein; denn das entspricht ihrem Programm erst recht nicht, da sie ja auch Abschaffung jeden Großgrundbesitzes fordert. Ihr sollt vielmehr alle für Rechnung der Dorfgemeinden arbeiten und aus dem Gemeindefiskus entlohnt werden. Ist das eine erstrebenswerte Existenz? Kann ein solches Los Euch veranlassen, die Sünden der Sozialdemokratie zu vergessen und Eure Stimme der Liste Scheidemann zu geben? Bei einer Wahl der Scheidemannliste sagt Ihr selbst den Akt ab, auf dem Ihr sitzt, mit anderen Worten, Ihr helft selbst, Euren Ruin herbeizuführen. Wie anders ist es dagegen in der Deutschen demo- kratischen Partei, die einen **starken Bauernstand** fordert, für die Beseitigung der Fideikomisse und ähn- licher feudalen Vorrechte eintritt und den **Großgrund- besitz planmäßig mit Kleinbauern** besiedelt wissen will.

Der freie Bauer auf freiem Boden! Das ist die Parole der Deutschen demokratischen Partei. Darum Winzer und Kleinbauern, tretet ein in Euren eigenen Interesse mit Weiß und Rind für die Deutsche demokratische Partei und gebt Eure Stimme der Liste

Hermann Luppe.

Terminkalender für Bürgermeister

gebunden, vorrätig in der
Buchdruckerei des „Bürgerfreunds“.

Claud. Schmitt,

Wildhauer,

Geisenheim am Rhein

empfehlte sich in

Anfertigung von Grabdenkmälern,

Figuren, Büsten,

Reliefs, Grabeinfassungen usw.

Moderne Grabdenkmäler nach eigenen Entwürfen.

Gediegene saubere Ausführung, billige Preise.

Photographisches-Atelier Bogler.

Geisenheim im Rheingau.

Spezialitäten: Vergrößerungen und Verkleinerungen

auch von Jil in Gelbgrau

und alle sonstigen Photographischen Arbeiten.

Bringen Sie mir

Ihren

Militärmantel und Waffenrock

zur Umarbeitung für einen

Ulster, Sport-Paletot,
Bozener Mantel u. Joppe

Garantie: Tadellose Verar-
beitung und eleganter Sitz.

Löwenstein wwe.

Mainz

nur Bahnhofstrasse 13, 1. Stook.

Telephon 4181.

Nachahmung
verboten!



Raufmännische Privatschule Bein

Beginn
neuer Kurse

in allen Handwerksfächern, sowie
in Schönsch., Stenogr., Masch-
Schreiben etc.

Anfang Januar

a) für Herren
in den Unterrichtsräumen
Riedgasse 22 I

für Kriegsbefähigte ermäßig-
tes Honorar;

b) für Damen
Rheinstraße 115 I

nahe der Ringkirche.
Auswärtigen vergütet das In-
stitut einen Teil der Fahrtkosten.
Anmeldungen für Vorkurse,
nach Wahl vor- oder nachm.,
Eingelächter (auch abends) und
Privatunterricht, im Geschäfts-
zimmer.

Rheinstraße 115 I
recht bald erbeten.

Herm. Bein,

Clara Bein,

Dipl.-Kaufleute und
Dipl.-Handelslehrer.

Wiesbaden.

Imprägnierte u. spanische Weinbergspfähle,

runde und gefägte

Stückel,

1,25, 1,50 u. 1,75 Mt. lang,

Baumpfähle,

2 bis 3,50 Mt. lang,
empfehlte
Gg. Jos. Friedrich,
Destrach i. Rhg.
— Telephon 70. —

Einige 1/2 Stüd

1918er Wein

zu kaufen gesucht.

Schriftl. Off. n. Preisangabe
an den Verlag d. Blattes.

Einige Paar

Frauen-Feldstiefe!

und kräftige

Knabenstiefel

gegen Lebensmittel.

Käferes Verlag des „Rhein-
gauer Bürgerfreund“ Destrach

Piano's

stimm und repariert

Wilh. Müller, Mainz

Kgl. Spanischer und Luxemburger
Hof-Piano-Fabrik.

Gegr. 1843. Tel. 44, Münsterstr. 10.

Kapitalien

in jeder Höhe auf gute Hypo-
theken auszuliehen. Anfragen
mit Grundbuchauszügen nebst
Tage an

Joh. Daniel in Geisenheim.

Beamteter verbeten.

Gesang- Unterricht

erteilt

Elsa Neesen,

Konzert- und Oratorien-
Sängerin

Eltville, Adelheidstr. 4.

Tell. 148. Sprechst. 11¹/₂ — 12¹/₂.

Preislisten, Faktoren

Leiert Adam Etienne, Destrach.

An unsere nationalliberalen Parteifreunde!!

Das Deutsche Reich, für das unsere Großväter gelitten, unsere Väter gekämpft, wir selbst uns begeistert und unsere Söhne und Brüder opfermutig den Tod erlitten haben, ist zusammengebrochen. Wie für alle anderen, so hat auch für unsere Partei der Weltkrieg mit seinem erschütternden Ausgange neue Lebensbedingungen geschaffen. Nur auf dem tatsächlich gegebenen Boden der deutschen Republik und auf demokratischer Grundlage kann der Wiederaufbau des Vaterlandes ins Werk gesetzt werden. Es gilt, gesetzmäßige Zustände wieder herzustellen. Geht es weiter wie bisher, so sind Staatsbankrott und Hungersnot und in ihrem Gefolge Plünderung und Gewalttaten unausbleiblich.

Dies Unglück kann nur eine regierungsfähige Mehrheit in der bevorstehenden Nationalversammlung abwenden. Je mehr das deutsche Bürgertum in Parteien gespalten, um so schwerer ist dies zu erreichen. Viel zu lange schon hat die Parteizersplitterung im deutschen Volke gedauert und zur Schwächung unserer Volkskraft beigetragen.

Deshalb sind wir dem Drängen zahlreicher Parteifreunde aus allen Gauen des Reiches nach einem festeren Zusammenschluß der freiheitlich gesinnten Kreise unseres Volkes gefolgt und haben uns mit anderen auf demokratischer Grundlage stehenden Organisationen unter Hintanhaltung bisher bestehender Gegensätze zur Deutschen demokratischen Partei vereinigt.

Ausschlaggebend war für uns, daß in einem Staate der Volksherrschaft nur große Parteien den Willen ihrer Wähler verwirklichen können. Die Deutsche demokratische Partei hat mehr als jede bloße Fortsetzung der alten Parteien die Aussicht, die gewaltigen Scharen der frischen Wählerkreise der Frauen und der Jugend mit sich zu reißen, die ohne Verständnis für alten Zwist mit offenem Sinn für neue Gedanken in das politische Leben hereinstürmen. Wir trauen ihr zu, daß sie die große Partei ist, die, alle Schichten des Volkes umfassend, jede einseitige Klassenherrschaft verhindert!

Die Gesinnungen, die uns bisher
geleitet haben, bleiben in der
Deutschen demokratischen Partei
in guter Hut.

Die liberale Idee von dem besonderen Wert des einzelnen und seiner Seele und dem Aufstieg des Tüchtigen, der soziale Gedanke der Gerechtigkeit und des Schutzes des Schwächeren unter uns und die nationale Forderung der Einheit aller Deutschen und der Wahrung der Rechte des freien deutschen Volkes unter den anderen Völkern.

An alle unsere ehemaligen Parteifreunde im Lande richten wir die dringende Bitte und Mahnung, unserem Beispiel schnell zu folgen.

Berlin, 15. Dezember 1918, abends.

Dr. Blankenburg, M. d. A., Oberlehrer, Reib. Dr. Bollert, M. d. A., Justizrat, Berlin. Dr. Böhme, M. d. A., Vorst. des deutschen Bauernbundes, Berlin. Friedberg, M. d. A., Staatsminister a. D., Berlin-Charlottenburg. Jäger, M. d. A., Vorst. des Reichsbundes, Berlin-Friedenau. Junk, M. d. A., Geh. Justizrat, Leipzig. Dr. Köhler, Geschäftsführer des Handwerksbundes, Berlin. Krüger, M. d. A., Gutsh. besitzer, Hoppenrade. Löff, M. d. A., Rechtsanwalt, Berlin-Grünwald. Frh. v. Richtenhofen, M. d. A., Legationsrat, Berlin. Prinz Heinrich zu Schönau-Carolath, M. d. A., u. P., Antik. Wachhorst de Wente, M. d. A., Hofbesitzer, Osnabrück usw. usw.

Möbel und Betten

:: in grosser Auswahl ::
zu sehr billigen Preisen.

Neu aufgenommen!

Sessel- Stuhlsitze u. Liegestühle

:: Grosse Auswahl ::
zu den billigsten Preisen.

Cebr. Hallgarten, Bingen a. Rh. Schmitt-
str. 23.

Wir nehmen beim Einkauf Kriegs-Anleihe in Zahlung.

Pfähle,

große Auswahl tannene, geriffene, tieferne, Gold-
Pfähle Birken, gefägte und runde spanische. Wein-
bergpfähle, spanisch und imprägniert, in Längen 1,50,
1,75, 2 Meter und höher.

Große Auswahl in Baumstüben imprägniert und
spanisch in allen Längen und Dicken.

Verkauf ab Lager gegen Kassa, Versand gegen Nachnahme.

E. Dillmann, vorm. Gregor Dillmann
Geisenheim a. Rh.

Atelier für mod. Fotografie

Schusterstr. 28 MAINZ Schusterstr. 28

Moderne Fotos, Fotoklassen, Gruppenbilder, Heimaufnahmen
Vergrößerungen nach jedem Bild. Grosses Lager in
Broschen und Anhänger. Aufnahmen dazu gratis.

13 Postkarten v. Mk. 2.50 an, 12 Fotos 75 Pfg. 12 Fotos Mk. 1.50.

Reiseausbilder in sofort. Ausführung.

Entnahme bei jed. Witterung, bis abends 9 Uhr. Sonntags v. vorn. 10 bis mitt. 2 Uhr geöffnet.
Elektr. Kopieranstalt, Entwickeln von Film u. Platten u. Abzüge
auch fürs Feld.

Gegründet 1842.
L. RETTENMAYER
G. m. b. H.
WIESBADEN.



Zentrale: Nicolastrasse 5.

Fernsprecher: Nr. 12, 115, 124, 242, 2376 (Direktion 6611).

Telegramm-Adresse: Rettenmayer, Wiesbaden.

Möbeltransporte von u. nach allen Plätzen.

Ueber-Land-Umzüge.

Lagerung ganzer Wohnungseinrichtungen, Reisegepäck und
Speditionsgüter im

Wiesbadener Möbelhaus: 8000 qm Lagerfläche.

Sicherheitskabinen.

Spedition,
Rollfuhrwerk,
Lager,
Incasso,
Verzollungen.



Sammelladungen,
Commission,
Garten-Kies-
Verkauf
Versicherungen.

Reise-Büro: Kaiser Friedrich Platz 2.
Amtliche Fahrkarten-Ausgabe ohne Aufschlag.
Schlafwagenkarten. - Amtl. Gepäckabfertigung
und Beförderung zu und von den Zügen.
Reisegepäck-Versicherung.
Reiseunfall-Versicherung.

Fernsprecher für Reisebüro: Nr. 242 und 2376.

Institut für vornehme
Ehevermittlung.
Frau **Ella Tischler, Wiesbaden**
Grabenstrasse 2. - Telephon 8973.

J. & G. ADRIAN



WIESBADEN

Bahnholstrasse 6. Fernspr. 59 u. 6223.

Möbeltransporte von und nach allen
Plätzen

Verpackung :: Assecuranz

Moderne Möbel-Lagerhäuser

Spedition :: Rollfuhrwerk

**Elßmische
Bankgesellschaft**
Filiale Mainz.

Aktienkapital Mk. 20 000 000.

— Fernruf Nr. 52 und 91 —

Verzinsung von Spargeldern zu
günstigen Zinssätzen.

An- und Verkauf von Wertpapieren.

Ausführung sämtlicher in das Bankfach einschlagenden
Geschäfte.

Verschwiegenste u. zuverlässigste Erledigung
aller Angelegenheiten.

Crauerbriefe — Crauerkarten

liefert schnellstens

„Ahoingauer Bürgerfreund“